



Gemeinsam mehr bewirken.

**Etatrede des
Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz
zum Doppelhaushalt 2012 | 2013**

Mannheim, 25.10.2011



STADT MANNHEIM²

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|--------------|
| I. Rahmenbedingungen und Eckwerte der Haushaltsplanung | 3 |
| II. Der erste Haushalt auf der Grundlage des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts | 11 |
| III. Kinder, Jugendhilfe, Bildung: Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft | 14 |
| IV. Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt | 27 |
| V. Sozialpolitik für Teilhabe und als Teil finanzpolitischer Nachhaltigkeit | 34 |
| VI. Integrierte Stadtentwicklung für soziale Stabilität und wirtschaftliche Dynamik | 38 |
| VII. Konversion: Große Chancen - Erhebliche Risiken/ Bundesgartenschau 2023? | 46 |
| VIII. Change ² : Gemeinsam mehr bewirken | 51 |
| IX. Bürgerbeteiligung/Bürgeraktivierung | 58 |
| X. Mannheim 2020 – Mannheim und die Region auf dem Weg zu einer Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ | 59 |
| XI. Dank | 66 |

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal sind wir in der Situation, einen Haushalt einbringen zu müssen in Zeiten großer Verunsicherung über die wirtschaftliche Entwicklung. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns dabei gezeigt, dass wir mit Ausschlägen in der volkswirtschaftlichen Entwicklung konfrontiert werden, die wir in so rascher Abfolge und in solchen Dimensionen nicht kannten. Mit diesen Ausschlägen müssen wir rechnen - ohne dass man mit ihnen im Wortsinne wirklich rechnen kann. Auf eine weitere Rezession müsste kurzfristig und vor allem abgestimmt mit einer nationalen, ja internationalen Strategie reagiert werden, wie dies vor zwei Jahren der Fall war.

Die hohe Verunsicherung hat dieses Mal nicht allein mit dem Geschehen auf den Finanzmärkten zu tun und ist bei Weitem nicht allein verursacht durch objektive Problemlagen der Staatsverschuldung; sie hat etwas zu tun mit einer mangelnden zeitnahen und konsistenten Reaktion der Politik. Eine Politik, die auf ökonomische Fundamentalfragen im Fall Griechenland über Monate hinweg eine gleiche und für alle Betrachter erkennbar unpassende Antwort gibt, kann nur verunsichern. Die Argumentation vom Domino-Effekt ist dabei weder im Hinblick auf die europäische Währung, noch im Hinblick auf die Finanzierungsbedingungen der Staaten wirklich überzeugend.

Niemand bestreitet drei Fakten:

1. Griechenland kann seine Schulden nicht bezahlen,
2. Griechenland braucht ein Modernisierungsprogramm, das auch aus nachhaltigen Investitionen besteht und
3. ein „Geschäftsmodell“ für Griechenland wird erheblich erschwert durch die Zugehörigkeit zum Euroraum.

Auf diese drei Befunde gab es durch die offizielle Politik - zumindest bis zum letzten Wochenende - nicht einmal ansatzweise eine Antwort, die irgendjemanden und damit auch die Märkte überzeugen konnte. In der Zwischenzeit hat lediglich die öffentliche Hand ihre Gläubigerstellung gegenüber Griechenland ausgeweitet, die privaten Banken haben ihre gemindert. Hinzu kommt der französische Versuch, die mangelnde Eigenkapitalausstattung der französischen Banken zum europäischen Problem zu machen. Die Hoffnung ist, dass diese wachsende Erkenntnis über die Zusammenhänge auch den Druck erhöht, nun zu entspre-

chend überzeugenden Antworten zu kommen. Es besteht jedenfalls die Aussicht, dass durch abgestimmtes internationales Handeln eine weitere Rezession vermieden werden kann.

Wir haben für unsere Haushaltsplanung, die im Wesentlichen Anfang Oktober abgeschlossen werden musste, die Annahme zugrunde gelegt, dass sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft deutlich verlangsamt, dass wir jedoch auch für die kommenden Jahre mit einer Stabilität und einem maßvollen Wachstum von um die 1 Prozent rechnen können. Das sind auch die derzeitigen Annahmen des Sachverständigenrats.

Auf dieser Basis bewegen wir uns bei den Steuern wieder auf dem Einnahmenniveau des Jahres 2008. Hinzu kommen die Weiterleitung erhöhter Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer für die Kinderbetreuung und die Kostenübernahmen des Bundes bei Sozialleistungen. In diesem Rahmen ist es uns möglich, erhebliche neue Anforderungen auf der Ausgabenseite zu stemmen, das notwendige Investitionsniveau von ca. 100 Mio. Euro im Jahr zu realisieren, die Abschreibungen zu erwirtschaften und ohne Neuverschuldung auszukommen. Unter Einbeziehung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, die nun in der Bilanz einzubeziehen sind und Basis für unsere Verschuldungsbetrachtung sind und bei denen wir erheblich tilgen, planen wir mit einem leichten Schuldenabbau für die nächsten Jahre. Grundlage dieser Planung ist die Fortsetzung der Mischung aus notwendigen Zukunftsinvestitionen in auch dauerhaft finanzwirtschaftlich wichtigen Bereichen bei gleichzeitiger Fortsetzung des Haushaltsstrukturprogramms.

Sie wissen von mir, dass ich von einer „isolierten“, von Sozial-, Bildungs-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik getrennten Finanzpolitik nichts halte, weil sie nicht zu einer Nachhaltigkeit führen kann. Unsere wesentlichen Wachstumsstrategien in den Bereichen Bildung und Betreuung, die wirtschaftspolitische Strategie, die Stadtentwicklung und der Wohnungsbau sowie die detaillierte Steuerung der Angebote im Sozialbereich wie auch Rückholung von sozialer Infrastruktur nach Mannheim sind alle dauerhaft von eminenter finanzwirtschaftlicher Bedeutung für die Stadt Mannheim.

Zugleich ist damit dieser Haushalt nicht allein eine Budget- und Finanzplanung, sondern das Dokument einer ambitionierten Stadtentwicklung.

I. Rahmenbedingungen und Eckwerte der Haushaltsplanung

Rückblick auf den Doppelhaushalt 2010 und 2011

Die Aufstellung des letzten Doppelhaushalts stand im Zeichen der größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren.

Der unmittelbare volkswirtschaftliche Einbruch war sogar noch größer, allein die entschlossene Reaktion der Staaten und in ihrem Gefolge aller öffentlichen Hände hat dazu geführt, dass aus dieser Weltwirtschaftskrise keine Depression wurde. Durch die insbesondere in der Krise steigenden Ausgaben und die dramatisch sinkenden Einnahmen verschlechterte sich die Finanzplanung 2010 bis 2013 im Vergleich zu den bisherigen Annahmen um 354 Mio. Euro.

Die Haushaltsverschlechterungen wollten wir dadurch auffangen, dass wir zu ca. einem Drittel dies über Neuverschuldung abfangen, ca. ein Drittel sollte über Rücklagenentnahme und Vermögensverkäufe bewältigt werden und ein Drittel sollte über Ausgabekürzungen und Einnahmeerhöhungen erbracht werden. Das Investitionsvolumen musste in der Finanzplanung 2012 auf 65,8 Mio. Euro und in 2013 auf 66,6 Mio. Euro gegenüber 2010 mit 112,5 Mio. Euro und 2011 mit 104,5 Mio. Euro drastisch reduziert werden.

Trotz der damaligen nicht absehbaren weiteren Entwicklung gingen wir bei unseren Annahmen davon aus, dass sich die Konjunktur stabilisieren bzw. sich erholen würde. Dies ist schneller erfolgt als damals erhofft.

Im Jahr 2010 konnten wir durch Verbesserungen im Verwaltungshaushalt einerseits sowie durch eine erhebliche Kürzung der Haushaltsreste aufgrund sich verzögernder Mittelabflüsse bei den Baumaßnahmen die Zuführung vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt von geplanten 29,6 Mio. Euro auf 10,7 Mio. Euro und die geplante Rücklagenentnahme von 45,5 Mio. Euro auf 30,7 Mio. Euro reduzieren. Ein Großteil der gestrichenen Haushaltsreste wurde nun, angepasst an den erwarteten Mittelabfluss, im Haushaltsjahr 2012 wieder veranschlagt.

Im Jahr 2011 erwarten wir eine Steigerung des Gewerbesteueraufkommens von 210 Mio. Euro auf 260 Mio. Euro. Da eine erhöhte Gewerbesteuerumlage von ca. 10 Mio. Euro zu zahlen ist, ergibt sich eine Nettoverbesserung von ca. 40 Mio. Euro. Zuzüglich weiterer sal-

dierter Verbesserungen im Verwaltungshaushalt in Höhe von 3,6 Mio. Euro ergibt sich eine voraussichtliche Gesamtverbesserung von 43,6 Mio. Euro. Dem steht eine Verschlechterung im Vermögenshaushalt von voraussichtlich 10,1 Mio. Euro gegenüber, so dass mit einer Gesamtverbesserung von 33,5 Mio. Euro gerechnet werden kann.

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 beinhaltet eine negative Zuführungsrate des Vermögenshaushalts an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 32,2 Mio. Euro. Diese negative Zuführungsrate wandelt sich in eine positive Zuführung von 11,4 Mio. Euro.

Die Verbesserung von voraussichtlich 33,5 Mio. Euro verringert die geplante Rücklageentnahme von 52,9 Mio. Euro auf 19,4 Mio. Euro. Die erhöhte Rücklage wird benötigt, um den Finanzhaushalt 2012ff auszugleichen und die geplanten Investitionen durchzuführen. Sollte sich im Haushaltsjahr 2011 eine weitere Verbesserung der Einnahmen im Rahmen des Finanzausgleichs ergeben, werden wir vorschlagen, diese Verbesserung überwiegend für eine verminderte Kreditaufnahme zu verwenden.

Das Haushaltsstrukturprogramm wird weiter benötigt

Im Rahmen der Etatberatung 2010/2011 wurde das „Haushaltsstrukturprogramm 2013“ beschlossen. Ziel des Haushaltsstrukturprogramms ist, dass der Haushaltsausgleich zukünftig wieder aus dem Ergebnishaushalt, d.h. ohne Rückgriff auf Einnahmen des Finanzhaushaltes, erreicht wird. Das Programm umfasst nachhaltige Verbesserungen sowohl auf der Einnahme- wie auch auf der Ausgabenseite. Das Haushaltsstrukturprogramm wurde auf Basis der Vorschläge der Fachbereichsleitungen erstellt. Bei diesem Programm wurde die Budgetminderung in die unternehmerische Verantwortung der Fachbereichsleitung gestellt, ohne die Erreichung unserer strategischen Ziele zu gefährden.

Im Haushaltsjahr 2010 wurden Teilbeträge in Höhe von 1,86 Mio. Euro veranschlagt. Davon wurden in 2010 trotz der Kurzfristigkeit bereits 1,66 Mio. Euro erbracht. Für 2011 sind 5,0 Mio. Euro, für 2012 9,2 Mio. Euro und für 2013 die volle Finanzwirkung von 20,7 Mio. Euro veranschlagt.

An der Umsetzung des Haushaltstrukturprogramms führt kein Weg vorbei, um die Struktur des städtischen Haushalts nachhaltig zu verbessern. Wir haben aus diesem Grund auch in den Jahren 2014 und 2015 die erwartete Einsparung von 20,7 Mio. Euro angesetzt. Sollten sich einzelne vorgeschlagene Maßnahmen im Zeitverlauf nicht realisieren lassen, sind die Fachbereiche und Dezernate gefordert, nachhaltige Ersatzmaßnahmen vorzuschlagen.

Kommunalfinanzen

Die kommunale Finanzierung ist trotz der aktuellen Entwicklung und der Entlastungen nach wie vor unzureichend. Im Gemeindefinanzbericht 2011 führt der Deutsche Städtetag folgendes aus:

„Trotz positiver Signale und auf den ersten Blick guter Nachrichten kann bezüglich der kommunalen Finanzlage keinesfalls Entwarnung gegeben werden. Das Finanzierungsdefizit wird zwar im laufenden Jahr geringer ausfallen als im Vorjahr; ein Defizit von rund 5 Mrd. Euro ist dennoch inakzeptabel. Angesichts der bestürzenden Entwicklung des Finanzierungssaldos der letzten beiden Jahre darf nicht vergessen werden, dass selbst bei besseren Salden die Schere zwischen armen und reichen Städten immer weiter auseinandergegangen ist.“

Die Kommunalfinanzen sind einerseits geprägt von den konjunkturellen Einflüssen auf die Erträge aus Steuern und andererseits von einem stetigen Anstieg der Sozialaufwendungen. Die Einrichtung der Gemeindefinanzkommission, die den Auftrag hatte, zu prüfen, welche Möglichkeiten von Seiten des Bundes bestehen, den Kommunen zu stetigeren Einnahmen und besser gestaltbaren Ausgaben zu verhelfen, war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das Ergebnis ist jedoch nicht befriedigend.

Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission

Die Gemeindefinanzkommission hat im Steuerbereich keine inhaltlichen Beschlüsse gefasst. Die zeitweise ernsthaft zu befürchtende Beschädigung oder Abschaffung der Gewerbesteuer konnte verhindert werden. Dies gelang mit Hilfe der schlichtweg besseren Argumente und dem entschlossenen Vortrag dieser Argumente durch die Kommunen und ihre Spitzenverbände.

Auch weitere Vorschläge, wie z. B. die Einführung eines Zuschlags- oder Hebesatzrechtes zur Ergänzung bzw. dem Ersatz des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, wurden von der Kommission nicht empfohlen. Gerade eine genaue Untersuchung der verschiedenen Modelle zum letztgenannten Thema zeigt, dass die verschiedenen angestrebten Ziele nicht erreicht werden können. Durch Zuschlagsrechte wird lediglich ein schädlicher, aber kein positiver Wettbewerb zwischen den Kommunen in Gang gesetzt. Transparenz bezüglich der Zahlungen der Bürgerinnen und Bürger und den entsprechenden Leistungen einer Kommu-

ne kann aufgrund der höchst unterschiedlichen Belastungen der Kommunen mit fremdbestimmten Ausgaben nicht erreicht werden.

Wenn auch im Steuerbereich Schaden verhindert werden konnte - positive Beschlüsse konnten in diesem Bereich nicht erreicht werden: Das Kommunalmodell, das sich in den Untersuchungen als administrativ umsetzbar und fiskalisch beherrschbar erwiesen hat, wurde von der Bundesregierung ohne Nennung von Gründen abgelehnt. Es ist nach wie vor nicht einsehbar, warum die mit diesem Modell verfolgte Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht sowie die sachgerechte Ermittlung und Berücksichtigung der Finanzierungsanteile bei Mieten, Pachten und Leasing nicht umgesetzt werden sollte.

Auch die neue Landesregierung unterstützt dieses Ansinnen und spricht sich im Koalitionsvertrag ebenfalls für eine Stabilisierung des Gewerbesteueraufkommens durch die Einbeziehung der Freiberufler und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage aus.

Das für die Kommunen positive Ergebnis der Gemeindefinanzkommission ist die schrittweise Übernahme von Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund. Damit werden die Kommunen bis zum Jahr 2015 um insgesamt ca. 12 Mrd. Euro entlastet. Die Kostenübernahme des Bundes steigt von 15 Prozent in 2011 auf 45 Prozent in 2012, 75 Prozent in 2013 und 100 Prozent in 2014. Für Mannheim heruntergerechnet ergeben sich Entlastungen von 6,5 Mio. Euro in 2012, 13,6 Mio. Euro in 2013 und 19,7 Mio. Euro ab 2014.

Dies ist ein wesentlicher Schritt, der uns etwas Atempause verschafft, wenn zugleich die Konjunktur stabil bleibt. Strukturell ist damit aber die Schere zwischen Sozialausgabensteigerung und Einnahmesituation noch nicht geschlossen. Hier braucht es weitere Schritte. Dies ist auch der Landesregierung bekannt. So wird im Koalitionsvertrag auf Seite 8 folgendes ausgeführt:

„Auf der Ausgabenseite der Kommunen schlagen vor allem die seit Jahren überdurchschnittlich steigenden Sozialausgaben zu Buche. Ein wesentlicher Faktor sind dabei die Kinder- und Jugendhilfeausgaben sowie die Eingliederungshilfen für Behinderte. Diese wichtigen sozialpolitischen Aufgaben haben in den letzten Jahrzehnten einen finanziellen Bedarf erreicht, der künftig nicht mehr allein von den Kommunen getragen werden kann. Notwendig ist deshalb eine Neuregelung im Rahmen der föderalen Finanzverteilung, die die Finanzierungszuständigkeiten unter Berücksichtigung der kommunalen Finanzlage neu regelt.“ Ein erster Schritt hierzu wäre die Rücknahme der 2007 vorgenommenen und ursprünglich befris-

teten Kürzung der Finanzausgleichsmasse. Danach sieht es aber nicht aus. Mit der alten Landesregierung wurde lediglich eine Reduzierung der Kürzung ab 2012 um rund 40 Mio. Euro von 405 Mio. Euro auf 365 Mio. Euro vereinbart. Auch die neue Landesregierung sieht derzeit leider keine Veranlassung, trotz der stark gestiegenen Steuereinnahmen des Landes und der Entscheidung, im Jahr 2012 im Landeshaushalt ohne Neuverschuldung auszukommen, die damalige Kürzung zurückzunehmen und damit die Kommunen nachhaltig zu entlasten. Für Mannheim würde die Rücknahme der Kürzung zu Mehreinnahmen von ca. 17 Mio. Euro pro Jahr führen.

Um ähnliche Dimensionen geht es bei der Frage, ob endlich das Konnexitätsprinzip bei der Kleinkindbetreuung beachtet wird. Das Konnexitätsprinzip - kurz: „Wer bestellt, bezahlt!“ - beruht auf der normativen Leitidee, dass Entscheidungsverantwortung und Finanzierungslasten grundsätzlich in einer Hand liegen sollen. In der Praxis tut sich die Landesgesetzgebung hiermit allerdings schwer. Besonders augenscheinlich wurde dies bei der Verabschiedung und Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) des Bundes vom 10. Dezember 2008. Im Gesetzgebungsverfahren versuchten die Länder vergeblich, die Aufhebung des bisher im Bundesrecht vorhandenen Zuständigkeitsdurchgriffs auf die Kommunen zu verhindern, um ihrerseits Konnexitätsfolgen im Verhältnis zu ihren Kommunen auf Landesebene zu vermeiden. Doch obwohl sich die Länder nicht durchsetzen konnten, sah sich im Nachgang kein einziges Flächenland veranlasst, die Konnexität der durch das KiföG erweiterten Aufgaben anzuerkennen - mit dem Argument, Verursacher der neuen Regelungen sei allein der Bund. In einem wegweisenden Urteil vom 12. Oktober 2010 (Az.: VerfGH 12/09) hat der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen dieser Argumentation - jedenfalls für Nordrhein-Westfalen - einen Riegel vorgeschoben. Auch die neue Landesregierung in Baden-Württemberg bekennt sich derzeit noch nicht zur Konnexität. Hier stehen in den nächsten Monaten noch schwierige Verhandlungen mit dem Land an. Falls es zu keiner Einigung kommt, werden Städte mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände den Klageweg beschreiten. Entsprechende Vorbereitungen wurden noch im letzten Jahr getroffen. Wenn das Land sich hier nicht bewegt, gibt es keinen anderen Weg.

Ein erster Schritt ist immerhin getan. Mit dem zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land geschlossenen „Pakt mit den Kommunen für Familien und Kinder“ beteiligt sich das Land an der Finanzierung folgender Aufgaben:

- Schulsozialarbeit (gedeckt auf landesweit 15 Mio. Euro),
- Ausbau der Kleinkindbetreuung,
- Einstieg in den Orientierungsplan,
- Aufsicht beim Mittagessen an Ganztageschulen.

Zur Finanzierung soll die Grunderwerbssteuer um 1,5 Prozentpunkte erhöht werden. Jedoch reichen die landesweit erwarteten Mehreinnahmen von 355 Mio. Euro bei Weitem nicht aus, um die oben genannten Aufgaben zu finanzieren. Sollte die Landesregierung 50 Mio. Euro für ein eigenes Familienförderprogramm entnehmen, stünden von den 355 Mio. Euro Mehreinnahmen nur noch 305 Mio. Euro zur Verfügung. Entscheidend ist auch die Art der Verteilung. Wir haben in Erwartung der finanziellen Unterstützung durch das Land auf Basis der für Mannheim zu prognostizierenden Grunderwerbssteuer pro Jahr 12 Mio. Euro Mehreinnahmen im Haushalt eingeplant. Diese sind absolut unverzichtbar. Steigerungen in den folgenden Jahren sind dringend erforderlich.

Entwicklung der Eckwerte und Schwerpunkte

Auf Basis der eingangs erwähnten Grundannahmen gehen wir davon aus, dass die Erträge aus der Gewerbesteuer in den nächsten Jahren moderat steigen werden. So haben wir auf der Basis der Steuerschätzung aus dem Monat Mai 2011 und dem prognostizierten Ergebnis 2011 von 260 Mio. Euro die Ansätze für 2012 auf 264,4 Mio. Euro, für 2013 auf 271 Mio. Euro erhöht (MiFriFi: 2014 auf 281 Mio. Euro, 2015 auf 286 Mio. Euro). Eine Hebesatzerhöhung schlagen wir Ihnen bei diesem Stand weder bei der Gewerbesteuer noch bei der Grundsteuer vor.

Im Gesamtkomplex Finanzausgleich haben wir zur Ansatzberechnung die vorläufigen Orientierungsdaten des Landes zugrunde gelegt. Sollten sich unsere Annahmen im Haushaltsvollzug nicht bestätigen, kann es notwendig werden, kurzfristig korrigierend in den Haushaltsvollzug einzugreifen.

Bei den Personalaufwendungen haben wir eine Tarifsteigerung von 2,5 Prozent in 2012 und von weiteren 0,5 Prozent in 2013 eingerechnet. Dies führt zu erhöhten Personalaufwendungen von rd. 6 Mio. Euro in 2012 und weiteren 1,2 Mio. Euro in 2013.

Die sonstigen Abweichungen ergeben sich zu fast 100 Prozent aus den Beschlusslagen der letzten beiden Jahre. Allein der Bereich Kindertagesstätten schlägt mit 3,3 Mio. Euro zu Buche. Weitere Schwerpunkte sind die erhöhten Personalbedarfe für die Verwaltung des Bildungs- und Teilhabepakets, Pflegestützpunkte und Fachdienst mit 1,3 Mio. Euro und die Kosten für veränderte Arbeitszeitregelungen bei Feuerwehr und Hausmeistern sowie Ausweitungen beim Immobilienmanagement von zusammen über 2 Mio. Euro. Hinzu kommen Themen wie Konversion, Steuerung, Kulturhauptstadt, die erstmals in der Haushaltsplanung

voll berücksichtigt sind, Personalverstärkungen aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder zur Erzielung von Einnahmen - sei es bei der Verkehrsüberwachung oder auch beim Stadtarchiv.

Die Sachkosten steigen von 2010 nach 2012 um rd. 5 Prozent von 148,0 Mio. Euro auf 155,2 Mio. Euro. Im Wesentlichen betrifft dies Steigerungen bei der Bauunterhaltung und der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens von 3 Mio. Euro sowie bei der Gebäudewirtschaftung von 2 Mio. Euro. Zu berücksichtigen ist hier, dass ein Teil der Ausgaben, die bisher im Vermögenshaushalt verbucht wurden, nun im Ergebnishaushalt zu veranschlagen sind.

Bei den Sozialaufwendungen haben wir nur moderate Steigerungsraten veranschlagt. Während wir im Jahr 2011 mit einem Zuschussbedarf von voraussichtlich 176,1 Mio. Euro abschließen werden, wird sich dieser Betrag aufgrund der Kostenübernahme des Bundes bei der Grundsicherung, die in 2013 voraussichtlich 13,6 Mio. Euro betragen wird, nur auf 182,9 Mio. Euro in diesem Jahr erhöhen. Ohne die Kostenübernahme des Bundes wäre der Zuschussbedarf auf 196,5 Mio. Euro gestiegen - eine Steigerung von 11,0 Prozent gegenüber dem voraussichtlichen Ergebnis 2011.

Insgesamt planen wir für den Ergebnishaushalt mit einem Überschuss von 11,7 Mio. Euro in 2012, von 22,4 Mio. Euro in 2013, von 19,4 Mio. Euro in 2014 und von 17,1 Mio. Euro in 2015. Dies bedeutet, dass wir bereits in 2012 in der Lage wären, sämtliche Abschreibungen zu finanzieren und damit vier Jahre früher, als es die Gemeindeordnung vorschreibt.

Damit stünden dem Finanzhaushalt zusammen mit dem genannten Überschuss Eigenfinanzierungsmittel aus dem Ergebnishaushalt von 26,3 Mio. Euro in 2012, von 38,3 Mio. Euro in 2013, von 36,9 Mio. Euro in 2014 und von 36,5 Mio. Euro in 2015 zur Verfügung.

Im Finanzhaushalt sind, wie auch bereits in 2010 und 2011, umfangreiche Investitionen in die Zukunft unserer Stadt vorgesehen. Gegenüber der bisherigen Finanzplanung erhöhen sich die Investitionen im Jahr 2012 von 65,8 Mio. Euro auf 104,1 Mio. Euro und im Jahr 2013 von 66,6 Mio. Euro auf 103,1 Mio. Euro. Auch in den Finanzplanungsjahren sind in 2014 mit 95,2 Mio. Euro und in 2015 mit 64,6 Mio. Euro noch erhebliche Investitionen veranschlagt. 2015 - in dem keine „Rücklagen“ mehr eingesetzt werden - gibt allerdings schon einen Hinweis, dass ohne die angemahnten weiteren Verbesserungen der Finanzausstattung der Kommunen die Investitionsprogramme nicht auf der wünschenswerten Höhe gehalten werden können.

Als Schwerpunkt der Investitionen ist vor allem der Krippenausbau mit rund 53 Mio. Euro in den Jahren 2012 bis 2014 hervorzuheben. Die Versorgungsquote für Krippenkinder von derzeit stadtweit knapp 20 Prozent soll im Jahr 2013 auf 35,4 Prozent steigen. Hierfür müssen 92 Krippengruppen und 240 Tagespflegeplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen werden.

Aber auch die Investitionen in die Schulsanierung und in den Ausbau der Ganztagschulen sowie das Glückstein-Quartier und die Brückensanierungen sind hier zu erwähnen.

Neben dem positiven Gesamtsaldo des Ergebnishaushalts werden wir zur Finanzierung der Investitionen im Finanzhaushalt die kamerale Rücklage, die voraussichtlich Ende 2011 in Höhe von 71,2 Mio. Euro vorhanden sein wird und die sich im Neuen Kommunalen Haushaltsrecht im Kassenbestand widerspiegelt, fast vollständig in den Jahren 2012 bis 2014 aufbrauchen. Der Kassenbestand reduziert sich im Jahr 2012 um 33,6 Mio. Euro, in 2013 um 19,8 Mio. Euro und in 2014 um 9,3 Mio. Euro. In 2015 ist eine Deckung der Investitionsauszahlungen aus dem Kassenbestand nicht erforderlich.

Aufgrund der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht sind in der Bilanz der Stadt Mannheim ab 2012 nicht nur die Kämmereischulden, sondern auch die Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften auf der Passivseite auszuweisen. Das heißt, dass für die Beurteilung der Verschuldung der Stadt Mannheim durch das Regierungspräsidium zukünftig auch die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte berücksichtigt werden müssen. Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise mussten wir zur Finanzierung der notwendigen Investitionen in die Weiterentwicklung der Stadt Mannheim und im Rahmen der beabsichtigten konjunkturellen Stabilisierung in den letzten beiden Jahren Kredite aufnehmen, die unseren Schuldenstand inklusive der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte von 647,9 Mio. Euro in 2009 auf 705,9 Mio. Euro zum Ende des Jahres 2011 erhöhen werden. Damit haben wir fast wieder das Schuldenniveau des Jahres 2006 erreicht. Sollte sich eine Ergebnisverbesserung zum Jahresende 2011 einstellen, wird - wie erwähnt - die Kreditaufnahme noch reduziert.

In dem Ihnen vorliegenden Entwurf haben wir in den Jahren 2012 bis 2015 keine Nettoneuverschuldung vorgesehen. Wir können somit das in der Hauptsatzung verankerte Nettoneuverschuldungsverbot mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsplanentwurf einhalten. Stattdessen wollen wir sogar den Schuldenstand bis auf 697,5 Mio. Euro in 2015 reduzieren. Die Berechnung der Nettoneuverschuldung ist dem Vorbericht zum Haushalt zu entnehmen.

Zusammenfassend legen wir Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf und eine mittelfristige Finanzplanung vor, die einen positiven Gesamtsaldo des Ergebnishaushalts beinhalten, in denen die Abschreibungen zu 100 Prozent erwirtschaftet werden und in denen keine Nettoverschuldung notwendig ist.

Dies kann bei einer moderat-positiven Konjunktorentwicklung erreicht werden.

Zugleich ist dies ein Haushalt, der erstmals so rechtzeitig beschlossen werden kann, dass Planungen und Investitionen ohne Verzögerungen weiterverfolgt werden können. Er ist insofern auch ein Beitrag zu Entbürokratisierung und schnellerem Verwaltungshandeln.

II. Der erste Haushalt auf der Grundlage des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts

Der Ihnen heute vorliegende Doppelhaushalt für die Jahre 2012 und 2013 sieht nicht mehr so aus, wie Sie es in den vergangenen Jahren gewohnt waren. Er wurde erstmals nach dem vom Landtag Baden-Württemberg am 22.04.2009 verabschiedeten Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts - landläufig bezeichnet als das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) - aufgestellt.

Zwangsläufig führt die Umstellung auch bei Ihnen als Gemeinderat zu Aufwand; vieles ist anders geworden. Vergleichbarkeiten sind mit dieser Umstellung zunächst erschwert, wichtige Kennzahlen sind entfallen, neue sind zu entwickeln und zu lernen.

Auf Dauer wird sich dies lohnen. Die ressourcenorientierte Doppik löst die zahlungsorientierte Kameralistik ab.

Hierdurch erhalten Sie wichtige neue Informationen. Stärker als bisher sollen Ziele sowie damit verbundene Budgets im Vordergrund stehen und nicht die Mittelabflüsse einer Finanzposition. Sie erleichtert den Einblick, inwieweit wir zukünftigen Generationen Lasten aufbürden und formuliert strenger die Anforderung, den Ressourcenverbrauch einer Periode regelmäßig durch die Erträge derselben Periode zu decken.

Dies leistet das Neue Kommunale Haushaltsrecht, indem die Einbeziehung von Rückstellungen (z. B. für Altersteilzeit oder Altlasten) und Abschreibungen in den Haushalt hilft, das Eingehen von Verpflichtungen transparent zu machen. Es zwingt zur unmittelbaren Refinanzierung der entsprechenden Aufwendungen.

Die Verdichtung der Information und die neue Aufbereitung macht andererseits das Verständnis nicht automatisch leichter. Bundesweit haben viele Gemeinderäte die Umstellung auf NKHR als Rückschritt für ihre Steuerungsfähigkeit erlebt. Wir haben hier versucht, dies durch Fußnoten und Erläuterungen auszugleichen. Vor allem aber bekommen Sie über das NKHR hinausgehende Informationen in der Beschreibung der Bereiche und das jeweilige Zielsystem, das integriert ist.

Mit dieser - soweit ich es sehe - einmaligen Verknüpfung mit dem Zielsystem der Stadt, wollen wir Ihnen zusammen mit dem NKHR die Kontrolle darüber erleichtern, in welchem Umfang die von Ihnen gegebenen Ziele und mit welchem Ressourcenverbrauch erreicht worden sind. Der Aufwand für die Maßnahmen zur Erreichung der Management-Ziele der Fachbereiche wurde anhand von Erfahrungswerten und den vorliegenden Daten aus der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) nach bestem Wissen und Gewissen geschätzt, da eine genaue Erfassung der gesamten eingesetzten Ressourcen (Personal, Räume, IT etc.) aufgrund der derzeit nicht auf das Zielsystem ausgerichteten KLR noch nicht möglich ist. Dies versuchen wir in den Jahren 2012 und 2013 zu ändern, so dass der nächste Doppelhaushalt hier für den Gemeinderat eine noch bessere Informations- und Steuerungsmöglichkeit bietet. Die prozentuale Angabe der Kosten für die Management-Ziele zu den Produktgruppenkosten erfolgte bei ausgewählten Fachbereichen und Ämtern, bei denen dies möglich war und die eine überschaubare Zahl von Produkten haben, die auf das Zielsystem hinwirken. Mit der Weiterentwicklung des Zielsystem und der Änderungen in der KLR soll zukünftig bei allen Dienststellen eine konkretere Aussage über den Ressourcenverzehr der einzelnen Maßnahmen zur Zielerreichung gewonnen werden. Sicherlich wird dieser Aspekt auch stärker in den Fokus künftiger Etatreden rücken.

Auch wenn wir noch weit vom Idealzustand einer Planung unseres Budgets durch Zielvorgaben entfernt sind und die Präzision der Zielbeschreibung und der Ressourcenzuordnung erheblich schwankt, erhalten Sie jetzt schon mit diesem ersten Versuch Steuerungsinformationen, die Sie so bislang nicht kannten.

Sie finden erstmals eine rudimentäre Beschreibung unseres Gemeinwesens anhand klassischer Kennzahlen. Des Weiteren stellen sich die Dienststellen anhand einer Selbstdarstellung mit ihren wichtigsten Aufgaben vor. Anschließend sind die Managementziele und die dafür notwendigen Ressourcen aufgelistet. Dies haben wir nicht nur für Bereiche getan, in denen der Gemeinderat darüber entscheidet, sondern auch für Bereiche, die zum Geschäft der laufenden Verwaltung gehören. Dies ist ein neues Kooperationsangebot an den Ge-

meinderat. Wir wollen uns hier gemeinsam mit Ihnen auf einen neuen Weg der Zusammenarbeit begeben. Und wir gehen damit den Weg zu mehr Transparenz über das NKHR hinaus.

Wenn Sie den Ihnen vorgelegten Haushalt aufschlagen, wird Ihnen sofort auffallen, dass sich Form und Inhalt verändert haben. Die gewohnten Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte mit ihren Finanzpositionen wurden ersetzt durch organisationsbezogene Teilhaushalte, in denen folgende Informationen kompakt für jedes Fachamt bzw. jeden Fachbereich dargestellt werden:

- eine Zusammenfassung der Aufgaben und Personalstellen,
- die Managementziele für die Jahre 2012 und 2013,
- der Ergebnis- (konsumtiv) und der Finanzhaushalt (investiv),
- der Ergebnishaushalt pro Produktgruppe auf der Grundlage des verbindlich vorgegebenen Produktplans Baden-Württemberg,
- und für einzelne Bereiche die so genannten Schlüsselprodukte, die aufgrund ihrer finanziellen Bedeutung gesondert dargestellt werden.

Somit werden die in den letzten Jahrzehnten erarbeiteten Reformelemente, wie z. B. die Kosten- und Leistungsrechnung, die Budgetierung oder die Definition von Produkten und Zielen zu einem Gesamtsystem verbunden und in den Haushalt integriert. Es wird sich Zug um Zug weiter verbessern.

Bestandteil des NKHR ist auch die vollständige Erfassung unseres Vermögens und unserer Schulden im Rahmen einer Bilanz. Die Eröffnungsbilanz kann zu den Etatberatungen noch nicht vorliegen, da viele Positionen erst nach dem 31.12.2011 ermittelt werden können (z. B. Kassenbestand, offene Forderungen, Rückstellungen), sie wird Ihnen jedoch im Laufe des Jahres 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Mit einem Eigenkapital von schätzungsweise 850 Mio. Euro sind wir meines Erachtens für die Zukunft gut gerüstet.

Erste Auswirkungen der Eröffnungsbilanz lassen sich jedoch schon im Doppelhaushalt 2012 und 2013 finden: So betragen z. B. die Nettoabschreibungen im Jahr 2012 15,3 Mio. Euro und in 2013 17,3 Mio. Euro.

Ich möchte Sie explizit auch auf den Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf hinweisen. In diesem finden Sie nochmals detailliertere Informationen über die Grundzüge des NKHR und seine Ausgestaltung in Mannheim.

III. Kinder, Jugendhilfe, Bildung: Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft

Befasst man sich mit den hohen finanziellen Aufwendungen der Jugendhilfe, also der Förderung von Kindern, Jugendlichen und deren Familien, muss man berücksichtigen, dass Investitionen in diesem Bereich zwingend sind, um den großen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen.

Interessante Hinweise gibt der Bericht „Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel; Herausforderungen und Perspektiven der Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und deren Familien in Baden-Württemberg - Berichterstattung 2010“ des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS).

Ein Blick auf die Verschiebungen demografischer Altersklassen zeigt, dass ausgehend bis zum Jahr 2020 der Anteil der 21- bis unter 65-Jährigen, also der volkswirtschaftlich besonders produktiven Menschen, noch konstant bleibt, ab 2020 aber spürbar zurückgeht, während die Altersgruppe der 0- bis unter 21-Jährigen schon heute bis 2020 deutlich sinkt. Aus dieser Entwicklung zieht der Bericht die folgende Handlungskonsequenz:

„Die unter demografischen Gesichtspunkten bis zum Jahr 2020 noch vergleichsweise stabilen Verhältnisse im Alterssegment der 21- bis unter 65-Jährigen müssen dringend genutzt werden, um die in diesem Zeitraum bereits stark rückläufige Altersgruppe der unter 21-Jährigen so zielgerichtet und umfassend zu fördern und zu qualifizieren, dass sie mit realen Teilhabechancen und möglichst ohne Verluste als Zukunftsträger in das dann stark rückläufige Alterssegment hineinwachsen können. Weichenstellungen, die in diesem Zeitfenster vorgenommen oder eben unterlassen werden, werden sich als sehr folgenreich für die gesellschaftliche Zukunftssicherung erweisen, da dieses „kritische Jahrzehnt“ noch einmalige Chancen für nachhaltige Umsteuerungen bietet, die so in den Folgejahrzehnten nicht mehr bestehen. Ein Verzicht auf Prioritätensetzungen zu Gunsten der jungen Menschen und ihrer Familien dürften sich deshalb als irreversible Fehler erweisen.“

Diese Einschätzung teile ich. Ergänzend füge ich hinzu: wir müssen unsere Anstrengungen auf das genannte Ziel fokussieren, das heißt, die wachsenden Ausgaben in diesem Bereich mit höchstmöglicher Effizienz und damit dem höchstmöglichen Erfolg einsetzen. Die Vernachlässigung institutioneller Hilfe und Überbetonung von Individualrechtsansprüchen ist hier

keine Hilfe, sondern eine Gefahr. Auch wir müssen unseren Blick weiter schärfen für die Prioritäten innerhalb der Bereiche Kinder, Jugend und Bildung.

Wir werden in den Haushalten 2012 und 2013 und darüber hinaus das fortführen, was wir gemeinsam in den Haushalten zuvor unter dem strategischen Ziel der „Bildungsgerechtigkeit“ - verbunden mit der Erwartung, dass nur so soziale und wirtschaftliche Teilhabe verwirklicht werden kann - bereits angelegt haben. Dieses Ziel muss abgestimmt und in Verbindung gebracht werden mit der besseren Absicherung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Tagesbetreuungsplätze und vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels - nicht nur bei Erziehern/innen - werden wir in der Umsetzung unserer Ausbaupläne auch vor der Herausforderung stehen, beide Zukunftsherausforderungen (Bildung und Betreuung) in ein Gleichgewicht zu bringen, um so eine „sozial ausgewogene Urbanität“ für Mannheim erhalten zu können.

Im Mittelpunkt dieser Anstrengungen steht der weitere und forcierte Ausbau der Tagesbetreuungsplätze mit dem Schwerpunkt Krippe und Tagespflege zur Schaffung der notwendigen Plätze, um den Rechtsanspruch auf einen solchen Platz ab 2013 für Kinder unter drei Jahren zu sichern. Die notwendigen Maßnahmen dazu haben wir mit den entsprechenden Beschlüssen bereits auf den Weg gebracht und im vorgelegten Haushaltsentwurf als ausgewiesenen Schwerpunkt berücksichtigt. Insgesamt werden durch die Umsetzung der aktuellen Beschlüsse weitere 920 Krippenplätze (92 Gruppen) gemeinsam mit den freien Trägern geschaffen. Unsere Partner realisieren hiervon über 700 Plätze. Mit den 240 Plätzen in der Kindertagespflege, die ebenfalls bis 2013 geschaffen werden, erreichen wir den Zielwert der stadtweiten Versorgungsquote von 35 Prozent. Allein das investive Ausbauprogramm für diese noch zu schaffenden Plätze belastet den Haushalt bis in das Jahr 2014 mit einem Ausgabevolumen von 53 Mio. Euro. Die Prognosen der Landesregierung gehen davon aus, dass der Betreuungsbedarf in den Städten wie Mannheim deutlich über die Zielquote von 35 Prozent hinausgeht. Um zu einer verlässlichen Einschätzung des tatsächlichen Bedarfs zu kommen, ist es Auftrag an die Planungseinheiten, auf methodischer Basis valide Daten zu erheben und die Prognosen zu konkretisieren.

Wenn auch der Ausbau von Krippen- und Tagespflegeplätzen für die unter 3-Jährigen wegen des Rechtsanspruches die Diskussion um die Verteilung der Ressourcen dominiert, müssen wir unser Augenmerk auch auf die Bereitstellung von Kindergartenplätzen für die 3- bis 6-Jährigen und Hortplätze für Schulkinder richten und alle vertretbaren Möglichkeiten ausschöpfen, um den Bedarf so weit wie möglich befriedigen zu können.

Ich weise deutlich darauf hin, dass es trotz aller Bemühungen und gewaltiger Steigerungen der Ausgaben auch im Bereich der Betreuung und der Jugendhilfe insgesamt eine Ressourcenkonkurrenz gibt, auch besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den Anforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen darüber Transparenz herstellen und einen Prozess der Konsensfindung gestalten. Dazu soll die in Kürze stattfindende Großgruppenkonferenz zum Thema Kinderbetreuung in Mannheim dienen. Sie soll darüber hinaus die Bereitschaft zur Beteiligung von Eltern, Trägern, Unternehmen und anderen aufnehmen.

Das Thema des Ausbaus von Betreuungsplätzen ist untrennbar begleitet von der Diskussion um die Bereitstellung des notwendigen Fachpersonals. Ca. 400 zusätzliche Fachkräfte müssen bis 2013 gewonnen werden, um den Betrieb der städtischen Einrichtungen und der freien Träger personell zu sichern bzw. die neuen Einrichtungen in Betrieb nehmen zu können. Der bundesweite Krippenausbau schafft enorme zusätzliche Konkurrenz auf dem Arbeitskräftemarkt. Deshalb werden wir auch hier die Anstrengungen zur Personalgewinnung, aber auch im gleichen Maße zur Personalbindung, intensivieren. Dabei gilt es, wirksame konzertierte Aktionen und Maßnahmen gemeinsam mit den freien Trägern zu entwickeln und auch die jeweils eigenen Möglichkeiten im verantwortbaren Rahmen zu nutzen. Die gemeinsame Verantwortung für den gesicherten Betrieb aller Einrichtungen verbietet selbstredend die Konkurrenz zwischen den Mannheimer Trägern.

Neben dem Ausbau von Betreuungsplätzen werden wir den Ausbau der Eltern-Kind-Zentren mit jeweils einem Eltern-Kind-Zentrum in 2012 und 2013 fortführen und damit die Förderung und Integration sozial Benachteiligter ausweiten. Ein Indiz für die Wirksamkeit wird sein, in welchem Maße es gelingt, die Kosten der Erziehungshilfe zu beeinflussen und die bisherigen Kostenanstiege zu begrenzen.

Starke Schulen und starke Bildungspartner

Bildungsgerechtigkeit, Förderung und Gewinnung von Talenten und Integration sind die zentralen gesellschaftlichen Zukunftsherausforderungen für unsere Stadt, zu denen die schulische Bildung Erhebliches beitragen muss. Voraussetzung ist, dass alle Partner ihre Stärken in gemeinsamer Verantwortung und zielgerichtet einbringen.

Entsprechend steht heute weniger das „richtige System“, sondern das koordinierte Wirken mehrerer Partner für die konkreten Perspektiven der Schülerinnen und Schüler im Vorder-

grund. Familie, Bildungseinrichtungen wie auch das soziale Umfeld tragen zu einer erfolgreichen Bildungsbiografie bei. Ein Merkmal guter Schule ist, dass Schule Verantwortung für den individuellen Bildungserfolg übernimmt und dafür sorgt, dass gemeinsam und interprofessionell mit einer Vielzahl von Akteuren für den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen gearbeitet wird. Gute Schulen fördern begabte wie benachteiligte, behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler. Sie stärken vorhandene Potenziale und sind geprägt von einer Lernkultur, die den Zugang zu Lernerfahrungen öffnet, sich selbstständig in einer sich stetig wandelnden Wissensgesellschaft orientieren zu können.

Die Stadt Mannheim versteht sich als aktiver, der Bildungsgerechtigkeit verpflichteter Bildungspartner, der entsprechende Impulse setzt, unterstützt und die Bildungslandschaft strukturell wie inhaltlich mitgestaltet. Die Stadt leistet ihren Beitrag, Kinder und Jugendliche in ihren Potenzialen zu fördern und möchte Schulen und ihren Partnern zugleich bestmögliche Rahmenbedingungen bieten, durch:

- Ausbau von Ganztagschulen, die mehr Teilhabe, Förderung und selbstwirksames Lernen ermöglichen.
- Entwicklung inklusiver Schulstandorte, die Qualität aus Vielfalt gewinnen und gemeinsames Lernen fördern.
- Vernetzende Strukturen wie das Bildungsbüro, den Quadratkilometer Bildung, die Förderung der Zusammenarbeit außerschulischer Partner wie Vereine und Kulturinstitutionen.
- Messbare Steuerung von Bildungserfolgen, indem wir durch Bildungsmonitoring und Bildungsberichterstattung eine Grundlage für eine gemeinsame Betrachtung und Priorisierung von Investitionen schaffen.
- Unterstützungsprogramme wie MAUS.
- Angebote für den Übergang von Schule in den Beruf, um den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen aktiv zu fördern.
- Hortbetreuung von Schulkindern, die auch Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.
- Eigenständige Bildungseinrichtungen wie Stadtbibliothek, Musikschule, Abendakademie, Kinder- und Jugendakademie, um eine breite kommunale Bildungsinfrastruktur anzubieten, die immer mehr als „Unterstützungssystem Schule“ wirksam wird.
- Aktive Schulentwicklungsplanung und gezielte Schulbauinvestitionen.

Kommunale Bildungsplanung für erfolgreiche Schulentwicklung

Dem Anspruch folgend, Bildung in der Kommune, jenseits der klassischen Schulverwaltungsaufgaben eines Schulträgers, bewusst aktiv, inhaltlich und im Hinblick auf bessere Erfolge zu gestalten und Bildungsgerechtigkeit durch eigene Impulse und Aktivitäten zu verbessern, wurde vor drei Jahren im Fachbereich Bildung sukzessive eine Abteilung Bildungsplanung/Schulentwicklungsplanung aufgebaut. Ihre Themen und Arbeitsergebnisse in den ersten beiden Jahren sind auf bundesweite Aufmerksamkeit gestoßen. Die überregional beachteten Ergebnisse wie der erste Bildungsbericht, die Teilnahme an nationalen und landesweiten Referenzprojekten des Bildungsmanagements oder das von einigen Kommunen adaptierte Mannheimer Unterstützungssystem Schule (MAUS) konnten erfolgreich etabliert werden.

Die Förderinitiative „Mannheimer Unterstützungssystem Schule“ geht mit dem Doppelhaushalt 2012/13 in die dritte Förderphase. Die wissenschaftliche Begleitung der Universität Würzburg wie auch der Vergleich des Übergangsverhaltens von Schülern an MAUS-Grundschulen haben verbesserte Übergänge von MAUS-Schulen sowie eine deutliche Steigerung der Lernfreude belegt und den erkennbaren Beitrag zum Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen herausgestellt. In der dritten Förderphase sollen Niveau und Umfang der Förderung beibehalten werden. Der neuen Landesregierung bieten wir an, sich an MAUS zu beteiligen, um gemeinsam erfolgreich Kinder und Jugendliche bestmöglich zu fördern. Als zusätzlichen Akzent werden wir, den Beispielen Bremens und Frankfurts folgend, 2013 ein Sommercamp veranstalten, das bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche ansprechen und für abwechslungsreiche und spielerische Lernerfolge in den Ferien sorgen soll.

Teilelemente des MAUS-Programms, wie eine bewusste Koordination der Schulen bei der Lernförderung wie auch die Zusammenarbeit der Schule mit einem Lernförderungspartner, konnten auch auf die Umsetzung des über das Jobcenter organisierten Bildungs- und Teilhabepaketes übertragen werden.

Im Förderansatz „Ein Quadratkilometer Bildung“, in dem sich die Freudenberg-Stiftung und die Stadt Mannheim gemeinsam rund um die Humboldtgrundschule für den Bildungserfolg der Kinder im Quartier und die Vernetzung der Bildungsakteure engagieren, konnte eine verbesserte Zusammenarbeit im Stadtteil vor allem im Übergang Kindergarten - Schule, Elternarbeit und -beratung und Schulentwicklung erreicht werden. Eine wissenschaftliche Evaluation durch die Universität Mannheim wie auch eine Educational Governance Studie der Uni-

versität Halle begleiten das Vorhaben und erfolgreiche Formen der institutionenübergreifenden Zusammenarbeit sollen künftig sukzessive auf weitere Stadtteile übertragen werden.

Das Regionale Bildungsbüro hat sich als eine gemeinsame Initiative von Stadt und Land mit dem Schwerpunkt der systematischen und besseren Vernetzung von Schulen mit außerschulischen Partnern etabliert. Im Bereich Kunst und Kultur wurde mit interkulturellen Fachkonferenzen und anderen Plattformen ein hohes Maß an Austausch erreicht, für den Sportbereich eine Rahmenvereinbarung für die Kooperation mit Ganztagschulen geschaffen, die Weiterbildung im Tandem „Kooperationsmanagement Jugendarbeit - Schule“ erfolgreich unterstützt wie auch in Zusammenarbeit mit Partnern aus Kultur, Jugend und Bildung das Programm MAUS umgesetzt. Auch in der Zusammenarbeit mit überregionalen Partnern konnten beispielsweise durch die Begleitung von Unternehmensinitiativen wie PriceWaterhouseCoopers (dreitägiger Tanzworkshop für zwei Schulen) oder LANXESS AG (300.000 Euro-Spende für Fachräume und Förderung naturwissenschaftlicher Aktivitäten an Mannheimer Gymnasien) oder der Beteiligung am Programm „Kulturagenten für kreative Schulen der Bundeskulturstiftung“ (in Mannheim mit drei von landesweit acht Schulen besonders stark) Kooperationsimpulse an Schulen gesetzt werden.

Wir sind sehr daran interessiert, dass unsere Bemühungen sich auch erkennbar in der weiteren Bildungsberichterstattung ablesen lassen. Der zweite Bildungsbericht wird 2012 erscheinen - erweitert um die aktuelle Betrachtung der Arbeit wichtiger außerschulischer Bildungspartner, wie auch mit einem erweiterten Fokus auf den Übergang Schule - Beruf. Ich freue mich sehr, dass der erste Bildungsbericht von Gemeinderat, Öffentlichkeit und Fachleuten als wichtige Informationsquelle für Entscheidungen aufgenommen und für fachlich fundierte Diskussionen genutzt wurde. Die Bildungsberichterstattung ist, ebenso wie überregionale Bildungskonferenzen und die Einrichtung eines Bildungsbeirates, Bestandteil des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“, an dem Mannheim teilnimmt. Die bundesweite Vernetzung in diesem Rahmen bringt uns wertvolle Expertise wie die Unterstützung durch das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung und sorgt neben einem Austausch mit anderen Kommunen und positiver fachlicher Rückmeldung auf die Mannheimer Bildungsschritte für wichtige Instrumente kommunalen Bildungsmanagements. Wir sind bestrebt, diese gute Zusammenarbeit auch in der zweiten Förderphase, für die wir uns bewerben, fortsetzen zu können.

Neben der praktischen Ebene ist es mir ein persönliches Anliegen, auch weiterhin renommierte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit ihrer Erfahrung an dem Zukunftsthema „Bildung“ zu beteiligen und im Bildungsbeirat zentrale Fragestel-

lungen und gemeinsame Handlungsansätze zu diskutieren und Bündnispartner für unsere Anstrengungen zu gewinnen.

Steuerung des Übergangs Schule - Beruf

Mit der „Mannheimer Vereinbarung zur Fachkräftesicherung durch Ausbildung“, die am 30.09.2011 von Stadt Mannheim, Agentur für Arbeit, Deutschem Gewerkschaftsbund, Kammern und Staatlichem Schulamt Mannheim unterzeichnet wurde, haben wir die Grundlage gefestigt, den Übergang Schule - Beruf künftig in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten, Förderangebote aufeinander abzustimmen und damit die Transparenz im Übergangssystem zu verbessern.

Innerhalb der Stadtverwaltung haben wir mit der Eingliederung des Themenfelds „Übergangsmanagement Schule - Beruf“ in den Fachbereich Bildung die Voraussetzung dazu geschaffen, diesen Abstimmungsprozess unter Federführung der Kommune im Rahmen des Arbeitskreises „Ausbildungsoffensive“ zu steuern und zu koordinieren. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Weiterentwicklung des Bereichs stehen in den Haushaltsjahren 2012/2013 insbesondere die Verbesserung der Qualität der Förderinstrumentarien sowie der Kooperationsprozesse. Grundlage für unsere Bewertung des Status Quo wird eine externe Wirkungsanalyse sein, die 2012 als Pilotstudie erprobt und anschließend ausgeweitet werden soll.

Die Förderung von Schülerinnen und Schülern am Übergang Schule - Beruf wird zielgruppenspezifisch und zielgerichtet durch das Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) ergänzt. Bis 2014 stehen rd. 1,5 Mio. Euro an Fördergeldern zur Verfügung, mit denen Jugendliche aus den Gebieten der Sozialen Stadt beim Erreichen des Schulabschlusses und bei einem erfolgreichen Start in den Beruf gefördert werden. Damit können erstmals gezielte sozialräumlich bezogene Fördermaßnahmen, die unmittelbar an die städtisch finanzierten und koordinierten Maßnahmen anknüpfen, durchgeführt werden.

Schullandschaft aktiv weiterentwickeln

Von Seiten der Landesregierung sind zahlreiche Bildungsmaßnahmen und Schulgesetzentwürfe für das Frühjahr 2012 angekündigt, die sich direkt auf die kommunale Schulentwicklung auswirken werden und deren konkrete Ausformung maßgeblich sein wird für die kommunalen Handlungsspielräume. Nach vielen Jahren werden beispielsweise endlich die Ganztagschulen in das Schulgesetz aufgenommen und die Schulbauförderungsrichtlinien an deren Bedürfnisse angepasst. Erstmals soll eine Mitfinanzierung des Landes bei der

Schulsozialarbeit gewährleistet werden und die gesetzlichen Grundlagen für Gemeinschaftsschule und Inklusion geschaffen werden. Diese Prozesse gilt es, aufmerksam von unserer Seite zu begleiten und insbesondere im Hinblick auf die dringenden sozialen Herausforderungen und die Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit in den Großstädten zu beeinflussen.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren begonnen, unsere Schullandschaft aktiv weiterzuentwickeln. Diesen Weg müssen wir fortsetzen. Die Einführung der Werkrealschule und die Diskussion um die Zukunft der Förderschulen stellen aus heutiger Sicht nur erste Schritte dar und wir werden uns auch in den kommenden Jahren mit der zukunftsgerechten Gestaltung unserer Schullandschaft intensiv befassen. Zwei Schularten werden wir hier besonders in den Fokus nehmen. Zum einen werden wir uns intensiv mit der Zukunft der beruflichen Schulen beschäftigen. Ebenso werden wir ausloten, an welchen bisherigen weiterführenden Schulstandorten die Bereitschaft und Potenziale vorhanden sind, sich zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln. Beide Themenbereiche werden wir gemeinsam mit den Beteiligten und Schulgemeinschaften intensiv erörtern und dem Gemeinderat entsprechende Vorschläge zur Entscheidung vorlegen, die gemeinsam von den Beteiligten erarbeitet wurden.

Die Einführung der Gemeinschaftsschule als Schule für alle, die sämtliche Schulabschlüsse anbietet, ist für mich das klare bildungspolitische Signal für eine beginnende Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem in Baden-Württemberg und ein Impuls, der unsere Schullandschaft auch an anderer Stelle verändern wird. Auf der kommunalen Ebene greifen wir dieses zukunftsgerichtete Thema Gemeinschaftsschule gerne auf und sind bereit, interessierte Schulen bei diesem anspruchsvollen Schulentwicklungsprozess zu unterstützen. Zugleich möchten wir dieses Engagement als gezielten Beitrag zu einem Mehr an Bildungsgerechtigkeit verstehen. Unsere Schullandschaft ist seit Jahren einem kontinuierlichen Wandel unterworfen, der sich aufgrund veränderter Schülerzahlen, Schulwahlverhalten und sich ändernder Schulstruktur mit zunehmender Dynamik fortsetzen wird und uns vor neue Herausforderungen stellt, die wir aktiv gestalten möchten. Eine Schule, die in besonderer Weise geeignet ist, zu integrieren, bedarf sicherlich auch besonderer Raum- und Ausstattungsbedarfe. Wir wollen das neue Thema Gemeinschaftsschule sorgfältig und systematisch entwickeln und relevante Akteure in die entsprechenden Konzeptionen vor Ort einbinden. Zeitlich bedeutet dies, dass eine erste Antragsstellung nicht für das kommende Schuljahr erfolgen kann. Wir sollten unsere Anstrengungen aber darauf richten, dass zwei bis drei Projekte entwickelt werden und eine Antragstellung für zumindest eine erste Mannheimer Gemeinschaftsschule für 2013/14 erfolgt. Voraussetzung ist, dass sich die landespolitischen Rahmenbedingungen

konkretisieren und Schulen bereit sind, sich unter realistischen Rahmenbedingungen dieser neuen Schulart zu öffnen.

Weiterhin werden wir an der optimierten Auslastung von Schulraum im Grundschulbereich arbeiten und diesbezüglich auch den Bezirkszuschnitt im Mannheimer Süden mit dem Ziel überprüfen, ob ein veränderter Zuschnitt für die beteiligten Schulen eine Entlastung bieten kann. Auch werden wir weiterhin den Modellversuch „Inklusion“ begleiten und uns bei der anstehenden Schulgesetzänderung mit anderen Städten sowie dem Städtetag für eine Wahrung der Konnexität einsetzen.

Investitionsschwerpunkt Schulbau - neue Wege im Schulbau

Im letzten Doppelhaushalt 2010/2011 konnten wir mit einem Investitionsvolumen von rd. 48 Mio. Euro wie in den zurückliegenden Jahren in hohem Maße Investitionen tätigen und ergänzend dazu mit Hilfe des vom Bund aufgelegten Konjunkturprogramms II mit einem Anteil von rd. 14 Mio. Euro für schulische Einrichtungen vor allem die energetischen Sanierungen und Aufwertung vieler Schulen beschleunigt voranbringen. Dennoch haben wir hier noch eine langfristige Herausforderung vor uns, den über mehrere Jahrzehnte aufgelaufenen Sanierungsstau zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund wird sich der Bereich Schulbausanierung und -betrieb im Rahmen des Grundsatzbeschlusses des Gemeinderates anders aufstellen und bis 2015 der komplette Übergang aller Schulgebäude an die Bau- und Betriebsservice GmbH (BBS) vollzogen werden. Hierzu wurde ein mehrere Dezernate übergreifendes Projekt installiert, das die sukzessive Übergabe an die BBS vorbereitet und begleitet. Bereits jetzt wird durch die Begleitung durch das neu geschaffene Baukompetenzzentrum und durch die Durchführung von Wettbewerben die architektonische und wirtschaftliche Qualität von Schulneubauten verstärkt in den Blick genommen. Eine weitere verstärkte Anforderung ist es, angesichts der vielen aktuellen Veränderungen bei landesweiten und lokalen Schulentwicklungsprozessen wie auch starken demografischen Veränderungen ihre Auswirkungen vorausschauend zu priorisieren, um in Bezug auf Nachhaltigkeit wie auch auf die strategischen Ziele der Stadt zielgerichtet zu investieren.

Im Doppelhaushalt 2010/2011 wurden die Generalsanierungen der IGMH und der Werkreal- und Realschule Seckenheim abgeschlossen. Daran schlossen sich der Neubau des Nasslabors an der Heinrich-Lanz-Schule II und das Erweiterungsgebäude für das Moll-Gymnasium an und auch die Sanierungsmaßnahme der Käfertalschule wird bis zum Jahresende gänzlich

abgeschlossen sein. Eine weitere Maßnahme, die sich über den kommenden Haushalt zieht, ist der Beginn der Sanierungsmaßnahme Peter-Petersen-Gymnasium. Dies gilt ebenso für die laufenden Schulbausanierungen des Karl-Friedrich-Gymnasiums und der Sandhofenschule. Für die Eduard-Spranger-Schule beginnt nach der Umsetzungsplanung der Neubau. Weitere Schritte sind bei der Umsetzung von Generalsanierungsmaßnahmen der Waldhofschule sowie der Pestalozzischule vorgesehen.

Wenn wir die Mittel aufgrund des priorisierten Krippenausbaus auch reduzieren mussten, so stehen in den kommenden beiden Jahren rd. 34,5 Mio. Euro für den Schulbau zur Verfügung. Die mittelfristige Finanzplanung weist weitere 30 Mio. Euro aus.

Investitionen in Ganztageschulen

In Bezug auf Bildungsgerechtigkeit ist der weitere Ausbau von gebundenen Ganztagschulen vor allem im Grundschulbereich von besonderer Bedeutung und Priorität. Erfreulich sind - anders als noch vor Jahren - die große Akzeptanz und auch die Forderung nach Ganztagschulen. Die Anzahl der Schulen, die sich für einen Ganztagsbetrieb interessieren, steigt weiter an. Vor dem Hintergrund des begrenzten Haushalts müssen zunächst jene Schulen Priorität beim weiteren Ausbau zu Ganztagschulen besitzen, die einen gebundenen und rhythmisierten Ganztagschulalltag anbieten werden. Im Sinne der frühzeitigen Förderung von Bildungschancen gilt es vor allem, den Ausbau von Grundschulen zu Ganztagschulen zu fördern. Der Fachbereich Bildung arbeitet aktuell mit 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und drei Personen im Anerkennungspraktikum im Betrieb der Ganztagschulen. Mit dem weiteren Ausbau von Ganztagschulen ist auch die Ausweitung der Schulsozialarbeit eng verbunden. Die Stadt Mannheim ist bestrebt, alle Grund- und Hauptschulen, die aufgrund besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabenstellungen ihren Schülerinnen und Schülern ein gebundenes Ganztagsangebot ermöglichen, durch zusätzliche Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter zu unterstützen. Die Schulsozialarbeit wurde im Jahr 2011 in Mannheim weiter ausgebaut. An der Friedrich-Ebert-Schule und der Pestalozzischule wurde jeweils eine die Schulfusionen begleitende befristete Stelle geschaffen und ganz aktuell wurde auch an der Vogelstangschule - Ganztagsgrundschule - eine neue Stelle in der Schulsozialarbeit eingerichtet. Mit der Zusage des Landes, sich künftig anteilig mit einem Drittel an der Finanzierung der Schulsozialarbeit zu beteiligen, wird der Ausbau von Schulsozialarbeit weiter fortgesetzt werden können.

Der Neubau der Vogelstangschule verbunden mit der Einrichtung eines Ganztagsbetriebs ist in diesem Jahr abgeschlossen, die Schule kann - ein Jahr früher als vorgesehen - in den

Ganztagsbetrieb gehen. Die Erweiterung der Uhlandschulen zu Ganztagschulen ist baulich in der Abschlussphase, so dass die Grundschule voraussichtlich im Schuljahr 2012/2013 als gebundene Ganztagschule starten kann. Im kommenden Haushalt wird der Bertha-Hirsch-Schule und der Erich-Kästner-Schule die Entwicklung zu Ganztagschulen ermöglicht und entsprechend in deren bauliche Erweiterung investiert. Für die Humboldtschule und die Friedrich-Ebert-Schule wird die Planung ermöglicht.

Schulkindbetreuung weiter ausbauen

Bildungsgerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben unmittelbare Konsequenzen auf den Lebens- und Arbeitsstandort Mannheim. Ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung dieser Ziele ist neben der Kleinkindbetreuung die Betreuung von Schulkindern im Alter zwischen sechs und zehn Jahren.

Um dem wachsenden Bedarf an den Betreuungsformen Hort, Hort an der Schule und im Rahmen der Verlässlichen Grundschule - also Angeboten in unmittelbarem Umfeld der Schule - gerecht zu werden, haben wir im Herbst 2010 im Fachbereich Bildung die Abteilung Schulische Pädagogik geschaffen. In dieser Abteilung betreuen 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut 2.500 Kinder. Dieses Angebot ist sukzessive über 20 Jahre mit dem Bedarf, der unmittelbar umgesetzt wurde, gewachsen. Zusammen mit den über 900 Schulkindern, die in Kinderhäusern des Jugendamts betreut werden und den Ganztagschulen haben wir in Mannheim eine bemerkenswerte Betreuungsquote von rund 42 Prozent.

Dennoch steht die Stadt vor großen Herausforderungen, da die Nachfrage nach Betreuung im Schulkindalter enorm steigt und auf der anderen Seite das Fachkräfteangebot der benötigten Erzieherinnen und Erzieher nicht gegeben ist. Es wurden landesweit zu wenige Fachkräfte ausgebildet, trotz absehbar stark wachsender Bedarfe durch Krippenausbau, zusätzliche Ganztagsnachfrage für alle Altersstufen und gestiegene Qualitätsansprüche. Vor diesem Hintergrund stehen wir vor der Tatsache, dass wir trotz großer Anstrengungen nicht genügend Fachkräfte gewinnen können und damit nicht mehr allen Schulkindern einen Betreuungsplatz vor und nach der Schule anbieten können. Wir konnten Mitte des Jahres 500 Eltern keinen Platz anbieten. Diese Situation hat sich verbessert - etwa die Hälfte dieser Kinder konnten wir versorgen und hoffen, im Laufe des Schuljahres noch weitere Gruppen einrichten zu können.

Diese neue Situation erfordert das Beschreiten neuer Wege. Gemeinsam mit Elterninitiativen, Elternbeiräten und Schulleitungen erarbeiten und verfolgen wir andere Ideen wie z. B.

Platzsharing. In einer fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppe prüfen wir, wie wir mehr pädagogisches Fachpersonal gewinnen und halten können. Unsere Bemühungen tragen auch erste Früchte: Wir haben in Zusammenarbeit mit der ARGE Jobcenter erwirkt, dass zwei neue Ausbildungsklassen für den Erzieherberuf eingerichtet wurden. Ein weiterer Schritt ist die Betreuung durch freie Träger. Seit Schulanfang schlägt sie sich bereits in einem ersten Projekt nieder. Durch das große Engagement zweier Schulleitungen und des Diakonischen Werks sind zwei Betreuungsgruppen in Käfertal entstanden. Diese Gruppen sind für uns ein Pilotprojekt, mit dem wir prüfen wollen, ob im Bereich der verlässlichen Grundschule eine Betreuung durch Träger, die sich bereits in der Zusammenarbeit im Krippen- und Kindergartenbereich sowie mit Angeboten in Ganztagschulen bewährt haben, möglich und sinnvoll ist.

Wir unterliegen im Hortbereich den Auflagen des Kommunalverbands für Jugend und Soziales - Landesjugendamt, was die Definition von pädagogischem Fachpersonal anbelangt. Hier ist es uns gelungen, die Berufsgruppen um andere fachverwandte Berufe mit mehrjähriger Berufserfahrung zu erweitern. Nach einer Einzelfallprüfung können wir jetzt auch Personen einstellen, die uns von ihrem beruflichen Werdegang her geeignet erscheinen. Die Situation ist eine langfristige Herausforderung. Ab 2013 besteht der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, der die Gewinnung von Fachpersonal für die Schulkindbetreuung weiter erschweren wird.

Stadtbibliothek als Bildungspartnerin

Die Stadtbibliothek Mannheim ist mit ca. 800.000 Betretungen und ungefähr 32.000 aktiven Benutzern eine der attraktivsten und zugänglichsten Bildungs- und Kultureinrichtungen der Stadt. Durch konkrete Maßnahmen im Bereich der Bibliothekspädagogik und eine konsequente Strukturveränderung trägt sie maßgeblich zum Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern in Mannheim bei. Sie unterstützt in unterschiedlichen Kooperationen über 150 Kindertageseinrichtungen und über 100 Schulen, auch über die Grenzen Mannheims hinaus. Dabei legt die Stadtbibliothek in ihrer Arbeit nicht nur ein Augenmerk auf die fachgerechte Informationsversorgung der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch und vor allem auf die Sprach- und Leseförderung. Dabei ist sie nicht nur selbst vor Ort präsent, sondern unterstützt Erzieher/innen und Lehrer/innen in dieser Arbeit und bildet Multiplikatoren wie ehrenamtliche Vorlesepatinnen und -paten aus.

Durch den rasanten Medienwandel und die stetig steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften werden Medien- und Informationskompetenzen immer wichtiger. Die Stadtbib-

liothek hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, hier einen erheblichen Beitrag zu leisten. Hierzu konnten in den letzten Jahren schon konkrete Schritte unternommen werden, wie zum Beispiel mit dem 2011 eingeführten breiten Angebot an E-Medien. Durch die Etablierung eines Referate-Service und der Beratung von Schülerinnen und Schülern in der Informationsversorgung unterstreicht die Stadtbibliothek ihre Rolle als Partnerin für Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Gerade weil in den neuen Medien Gefahren, aber vielmehr auch Chancen auf die Jugendlichen warten, wird die Stadtbibliothek die Bereiche Informations- und Medienkompetenzvermittlung stetig ausweiten und sowohl mit einem breiten Angebot an Medien als auch durch Veranstaltungen dieser Aufgabe nachkommen.

Auch im letzten Doppelhaushalt konnte wieder eine weitere Zweigstelle der Stadtbibliothek in der Feudenheimschule saniert werden. Im Zuge der Sanierung des Peter-Petersen-Gymnasiums und der Geschwister-Scholl-Schule, zunächst aus Brandschutzgründen, wird in zwei weitere Zweigstellen in der kommenden Haushaltsperiode investiert, so dass im Lauf mehrerer Jahre fast alle Zweigstellen der Stadtbibliothek saniert werden konnten.

Städtische Musikschule auf neuen Wegen

In den letzten Jahren hat sich die Musikschule deutlich verändert, indem sie intensiv mit Schulen und Kindertageseinrichtungen kooperiert und hier besonderes Augenmerk auf die musikalischen Angebote für bildungsbenachteiligte Kinder legt. Dieses Engagement wird zudem - etwa durch die „Rychel-Stiftung“ auch von privater Seite unterstützt. Durch die zahlreichen Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen konnten neue Schülerinnen und Schüler und vor allem auch ein neues Klientel gewonnen werden. Projekte wie MUKI zur musikalischen Früherziehung für Kindertagesstätten, die der Gemeinderat beschlossen hat, aber auch das vom Land Baden-Württemberg finanzierte Projekt „Singen-Bewegen-Sprechen“ führten dazu, dass zahlreiche Kinder, die von sich aus den Weg in die Musikschule nicht gefunden hätten, begeistert singen und musizieren. Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an der Mannheimer Musikschule ist mittlerweile auf über 5.200 angestiegen und hat sich in den letzten Jahren damit nahezu verdoppelt. In den beiden letzten Jahren konnte das Dach der Musikschule mit einem Gesamtvolumen von rd. 1,5 Mio. Euro saniert werden.

TECHNOSEUM - Museum und Bildungseinrichtung

Das TECHNOSEUM unterstützt wesentliche Teile der Bildungsstandards der neuen Unterrichtsfächer „Naturwissenschaft und Technik“ und „Naturphänomene“ und damit die bil-

dungspolitischen Ziele der Stadt Mannheim. Die große Bedeutung der Popularisierung von Wissenschaft und Technik ist angesichts des Fachkräftemangels aufgrund der gleichbleibend geringen Anzahl der Studienanfänger in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern allgemein bekannt.

Gerade in Mannheim gibt es unter den Schülerinnen und Schülern einen hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. Es zeigt sich immer wieder, dass sich das TECHNOSEUM aufgrund der vielen auf außersprachliche Kompetenzen zielenden Mitmachangebote für diese Zielgruppe gut erschließt. Die Museumspädagogen stehen mit zahlreichen Schulen über Kooperationsverträge in einem intensiven Kommunikationsprozess, so dass die Angebote für die Zielgruppe Schulen immer weiter optimiert werden können. So kann das TECHNOSEUM über die hohe Frequenz von Schulbesuchen Menschen mit Migrationshintergrund in einem sehr frühen Alter erreichen. Darüber hinaus bietet das Haus bei allen Sonderausstellungen, die sich thematisch eignen, gezielte interkulturelle Veranstaltungen an. Um die wichtige Arbeit des Hauses gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg für die Zukunft zu sichern, war es notwendig, den Zuschuss anzupassen. Wie bekannt ist die Stiftung nicht in der Lage, die steigenden Belastungen aus Pensionen und Gebäudeunterhaltung vollständig zu erwirtschaften.

IV. Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt

Erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung

Wer die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt aufmerksam verfolgt, kann unschwer feststellen, dass der Wirtschaftsstandort Mannheim in jüngster Zeit große Fortschritte verbuchen konnte. Ein großer Teil der bedeutenden Unternehmen stieß auch während der Wirtschaftskrise kräftige Investitionen an: ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Mannheim. Auch für Unternehmen von außerhalb bleibt der Standort Mannheim eine begehrte Adresse. Sowohl in den Jahren 2009 und 2010 als auch in 2011 siedelten sich mehr Firmen als in den Vorjahren an und schufen neue Arbeitsplätze, viele mit Unterstützung der Mannheimer Wirtschaftsförderung.

Die Unterstützung der ansässigen Unternehmen ist ein weiteres erfolgreiches Arbeitsfeld der Wirtschaftsförderung. Als Beispiel nenne ich das Gewerbegebiet Friedrichsfeld-West. Die Firma Dachser hat rd. 40 Mio. Euro in ihr neues Logistikzentrum investiert und die Mitarbeiterzahl auf über 300 erhöht, Tendenz weiterhin steigend. Mit der Penske Sportwagenzent-

rum GmbH ist bereits die nächste Ansiedlung in diesem Gebiet gelungen. Sie wird dort im kommenden Jahr mit einem Gesamtvolumen von rund 10 Mio. Euro ein neues Porsche-Zentrum mit ca. 60 Arbeitsplätzen errichten.

Nach den Krisenjahren 2008/2009 kann ich heute mit Freude feststellen, dass die Mannheimer Wirtschaft diese Krise deutlich besser überstanden hat, als dies vielerorts der Fall war. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mannheim reduzierte sich im Jahr 2009 um ca. 800 Arbeitnehmer auf rund 164.000 Beschäftigte. Seitdem geht es wieder deutlich aufwärts. Inzwischen liegen wir mit 166.911 Beschäftigten (aktuellste Zahl, Stand 31.12.2010) auf dem höchsten Beschäftigungsniveau seit mehr als zehn Jahren. Hinzu kommt - und das ist eine sehr ambivalente Entwicklung - eine immer größer werdende Zahl von so genannten geringfügig entlohnt Beschäftigten, d.h. in so genannten „400-Euro-Jobs“ Beschäftigten, in einer Größenordnung von rd. 36.000 Personen.

Der Anstieg der Arbeitslosen in Mannheim um 12,5 Prozent im Krisenjahr 2009 war nur halb so hoch wie im Durchschnitt aller baden-württembergischen Großstädte. Die aktuelle Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent im September 2011 ist der niedrigste Wert seit 25 Jahren.

Mannheim ist nach wie vor starker Produktionsstandort, 39 Prozent der Wertschöpfung stammt aus diesem Bereich: für eine Großstadt ein außergewöhnlicher Wert. Mannheim entwickelt sich aber auch mehr und mehr zum Dienstleistungsstandort. Der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich ist inzwischen auf 70 Prozent gestiegen. Und diese Entwicklung ist auch am Stadtbild erkennbar. Die Bürogebäude im Umfeld des Hauptbahnhofs wie der Bürokomplex Galilei 3, das Euro-City-Center und der Neubau des Intercity-Hotels bzw. KPMG-Gebäudes, der Victoria-Turm oder im Stadteingangsbereich Mannheim-Ost die SAP-Arena, der Technologiestandort EASTSITE und das Fahrlachgebiet bzw. die Oststadt prägen zunehmend die Silhouette unserer Stadt.

Talentstrategie

Dem weiter oben erwähnten demografischen Wandel wollen wir nicht allein mit Bildungsanstrengungen begegnen. Nach neueren Einschätzungen der IHK Rhein-Neckar sinkt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Mannheim bis zum Jahr 2030 um fast 25.000 Personen (das sind 13,5 Prozent). Der Mangel an Fachkräften im Bezirk der IHK Rhein-Neckar wird im Jahr 2013 auf 13.800 geschätzt, 2014 schon auf 31.500 Personen. Das ist eine massive Wachstumsbremse.

Wir wollen dem mit der Talentstrategie begegnen. In der neuen Organisationsstruktur der Wirtschaftsförderung haben wir eine Stelle neu eingerichtet, die sich ausschließlich um das Themenfeld „Menschen und Kompetenzen“ kümmert. Die Arbeit des Stadtmarketings, aber auch die Darstellung Mannheims als aktiv den Wandel gestaltende Kommune und das Projekt „Kulturhauptstadt“ gehören ebenso mit in diesen Zusammenhang.

Gründerstadt und RWB-Projekte

Potenziale für die Zukunft schaffen, Menschen anziehen, Perspektiven für hier Ausgebildete eröffnen: Das sind die Motive für eine ausgeprägte Gründerstrategie, die m. E. ihresgleichen sucht.

Das statistische Landesamt Baden-Württemberg erfasst seit 2002 Daten zur Gewerbestatistik und bietet eine differenzierte Betrachtung des Gründungsgeschehens auf regionaler Ebene. Beim Blick auf die Neugründungen bezogen auf 1.000 Einwohner ist Mannheim seit 2006 Spitzenreiter im Städtevergleich. Die aktuellen Zahlen von 2010 belegen für Mannheim mit 13,5 Neugründungen je 1.000 Einwohner den ersten Rang vor Baden-Baden (12,7) und Heilbronn (9,7). Die Mannheimer Gründungsquote liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt in Baden-Württemberg (8,1) und deutlich über den Quoten von Heidelberg, Karlsruhe (jeweils 9,0) und Stuttgart (7,9). Mannheim ist also die Gründerstadt Nummer 1 in Baden-Württemberg und auch in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Mit aktuellen Maßnahmen wollen wir den Ausbau der Existenzgründungsförderung fortführen mit dem Ziel, das belegte Gründungspotenzial auf hohem Niveau zu halten, um die daraus resultierenden positiven Arbeitplatzeffekte zu bestätigen. Für diesen Ausbau nutzen wir in erster Linie das EU-Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung - RWB“, für das wir Mitte 2010 insgesamt acht Anträge beim Land eingereicht haben. Den acht Anträgen liegt ein Investitionsvolumen von rd. 40 Mio. Euro zugrunde, diesen Ausgaben können mögliche Einnahmen in der Größenordnung von rd. 17 bis zu 19,5 Mio. Euro gegenübergestellt werden.

Von den acht Projektanträgen sind fünf bewilligt. Die Bewilligung für den Beteiligungsfonds Wirtschaftsförderung Mannheim soll noch in diesem Jahr erfolgen. Die Baumaßnahmen Kreativwirtschaftszentrum Jungbusch und 2. Bauabschnitt MAFINEX-Technologiezentrum werden im Nachgang zur Baugenehmigung in 2012 erwartet. Alle Projekte liegen im Zeitplan und sind in den Haushaltsanmeldungen berücksichtigt.

Mit der Fertigstellung der Aufstockung der Popakademie Baden-Württemberg in den nächsten Wochen und der Eröffnung des stadtteilorientierten Kreativwirtschaftszentrums „Altes Volksbad“ Anfang 2012 werden zwei bedeutende RWB-Baumaßnahmen abgeschlossen. Zugleich verknüpfen wir hier unsere Wirtschaftsförderung mit Stadtentwicklungsstrategien. Aktuell werben wir um weitere, an anderer Stelle in Baden-Württemberg nicht abgerufene EU-Mittel, so dass sich in diesem Feld eine weitere Verstärkung ergeben könnte.

Zu einer Erfolgsgeschichte hat sich auch das KREATECH-Programm entwickelt. Dieses Zuschussprogramm für die Kreativwirtschaft und technologieorientierte Unternehmen wurde für eine zweijährige Pilotphase in 2010 beschlossen. Insgesamt standen 350.000 Euro an Zuschussmitteln zur Verfügung. Bereits Mitte 2011 waren alle Zuschussmittel an bewilligte 45 Anträge gebunden. Mit den Förderzuschüssen konnte ein Investitionsvolumen von rd. 1,2 Mio. Euro bei überwiegend Kleinst- und Kleinunternehmen umgesetzt und ein Beitrag zur Schaffung von 50 neuen Arbeitsplätzen und 157 bestehenden Arbeitsplätzen geleistet werden. Zusätzlich wurden fünf neue Ausbildungsplätze gefördert. Der Fachbereich für Wirtschafts- und Strukturförderung hat den Erfolg des Programms mit einer Evaluierung im Rahmen einer Informationsvorlage belegt. Die Verwaltung schlägt daher vor, das KREATECH-Programm zunächst für weitere vier Jahre fortzuführen und mit jährlich 200.000 Euro auszustatten.

Umsetzung Neue Wirtschaftspolitische Strategie

Eines der wichtigsten Change²-Projekte der letzten zwei Jahre war die Erarbeitung einer Neuen Wirtschaftspolitischen Strategie für Mannheim. Mit dem Ziel, Mannheim auch weiter als führenden Wirtschafts- und Industriestandort für die Zukunft zu positionieren, war die Entwicklung der neuen wirtschaftspolitischen Strategie das mit den meisten externen Partnern entwickelte Masterplan-Projekt im Rahmen der Neuausrichtung der Mannheimer Stadtverwaltung. Im Rahmen der letzten Etatberatungen wurde die neue Strategie vom Gemeinderat im März 2010 einstimmig beschlossen. Damit fiel auch der Startschuss für die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung dieser neuen Strategie.

Ein Großteil der Ressourcen der Wirtschaftsförderung wird in die Bestandspflege der hier ansässigen Unternehmen fließen. Aufgabe des neu aufgestellten Fachbereichs ist es, den ansässigen Unternehmen mit optimierten Dienstleistungen und größerer Kundennähe zu begegnen, Kontakte zu intensivieren und einen dauerhaften Standortdialog ins Leben zu rufen. Stärker als bisher hat die Wirtschaftsförderung die Funktion des Kümmerers und

Dienstleisters, nicht zuletzt auch durch die Verortung des kommunalen „Einheitlichen Ansprechpartners“ nach EU-Dienstleistungsrichtlinie, zu übernehmen.

In Ergänzung zur Bestandspflege ist die Kompetenzfeldorientierung verbunden mit einer strategischen Fokussierung auf ausgewählte Wirtschaftsbereiche und Projekte, die für das wirtschaftliche Wachstum und die Exzellenzförderung am Standort zunehmend wichtig sind. Vor diesem Hintergrund und auf Basis der Ergebnisse der Analyse wird Mannheim zwei der 13 untersuchten regionalen Kompetenzbranchen, nämlich Kreativwirtschaft und Medizintechnologie, zukünftig federführend in der Region entwickeln. Hinzu kommt die starke Beteiligung bei Energie- und Umwelt- und der Produktions- und Prozesstechnik. In allen Bereichen sind profildbildende Alleinstellungsmerkmale und aussichtsreiche Projektansätze vorhanden, die für eine regionale und nationale Positionierung des Wirtschaftsstandortes Mannheim und der Region geeignet sind.

Um den Anforderungen der neuen wirtschaftspolitischen Strategie nachkommen zu können, war eine Aufstockung des Personals um sieben auf nunmehr 22,5 Stellen erforderlich. Gleichzeitig war die bisher klassische so genannte „Stab-Linien-Organisationsstruktur“ mit Blick auf die durch die forcierte Bestandspflege und -entwicklung weit stärkere Kundenorientierung (One-Stop-Agency) neu zu überdenken. Hierfür bot die so genannte Matrixorganisation einen guten Ansatz. Die Implementierung ist weitgehend abgeschlossen. Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die hinzugekommenen Aufgaben und veränderten Anforderungen sind inzwischen eingestellt. Leider ist es allerdings bislang trotz Einschaltung einer Personalberatung nicht gelungen, eine für die klare neue Akzentsetzung glaubwürdige und überzeugende Besetzung für die Leitung des wirklich neuen Fachbereichs vorzunehmen. Hier drängt es in der Tat, auch wenn die Neuausrichtung des Fachbereichs schon spürbar ist.

Mit zahlreichen neuen Ansätzen und Projekten arbeitet die Wirtschaftsförderung schon seit mehreren Monaten nach den Zielsetzungen der neuen wirtschaftspolitischen Strategie. Exemplarisch möchte ich für den Bereich Medizintechnologie die jüngst erfolgreich zustande gekommene Gründung einer Fraunhofer-Projektgruppe für Automatisierung in der Medizin- und Biotechnologie an der medizinischen Fakultät der Universitätsmedizin Mannheim nennen. Mit dem Start der Fraunhofer-Projektgruppe entsteht seit diesem Jahr ein weiterer wichtiger Baustein für zukunftsweisende Medizintechnologie aus Mannheim und der Region. Mit dem Schwerpunkt Automatisierung ergänzt eine Fraunhofer Projektgruppe die vorhandenen Kompetenzen aus der Medizin, der Medizintechnik und der Biotechnologie um die Automatisierungstechnik für diese Bereiche. Damit entsteht in Mannheim auf engem Raum die kriti-

sche Masse für neue, zukunftsweisende Technologien, die mit regionalen Partnern aus Industrie und Forschung gemeinsam in Produkte umgesetzt werden. Ein wesentlicher Forschungsschwerpunkt ist hierbei darauf gerichtet, biotechnologische Prozesse unmittelbar im Operationssaal in die individuelle Diagnostik und Intervention zu integrieren. In diesem Projekt zeigte sich in besonderer Weise auch die Wirksamkeit unseres Stuttgarter Büros mit Professor Dr. h. c. von Hoyningen-Huene.

Auch die oben genannten Projekte im Bereich Kreativwirtschaft, wie das Alte Volksbad Neckarstadt, das Kreativwirtschaftszentrum Jungbusch, das KREATECH-Förderprogramm usw., zeigen neue Aktivitäten und Projekte auf und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. Aber auch in den übrigen regionalen Kompetenzfeldern hat Mannheim Stärken, die in die regionale Kooperation eingebracht werden. Allen voran wird Mannheim dabei in den Technologiebereichen Energie und Umwelt/Energiespeichersysteme sowie Produktions- und Prozesstechnologie Ressourcen investieren und proaktiv Wirtschaftsprojekte vorantreiben.

Existenzgründungsförderung als Zukunftsinvestition

Im Juli 2011 wurden die MAFINEX-Technologiezentrum GmbH und die Musikpark Mannheim GmbH zur mg:mannheimer gründungszentren gmbh fusioniert. Hierdurch wurde die Planbarkeit, Steuerung und Überwachung, aber auch die Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft gestärkt. Ressourcen können so besser eingesetzt und Synergien nachhaltiger genutzt werden. An die Mannheimer Gründungszentren GmbH sind angeschlossen: der Musikpark Mannheim, das MAFINEX-Technologiezentrum, das Deutsch-Türkische Wirtschaftszentrum, das Alte Volksbad in der Neckarstadt sowie das Clustermanagement Musikwirtschaft. Zukünftig wird das Kreativwirtschaftszentrum im Jungbusch und der 2. Bauabschnitt des MAFINEX ebenso von der Gesellschaft betreut werden. In der Perspektive heißt dies, dass die mg:gmbh ca. 250 Start-Ups mit ca. 750 Arbeitsplätzen betreut, fördert und nachhaltig an den Wirtschaftsstandort Mannheim bindet. Die mg:gmbh ist damit die größte Fördereinrichtung für angesiedelte Existenzgründungen in Baden-Württemberg.

Der Musikpark Mannheim ist seit 2004 ein international beachteter Leuchtturm und Vorreiter kommunaler Kreativwirtschaftsförderung. Die Institution trägt wesentlich zum Strukturwandel im Stadtteil Jungbusch bei und ist seit ihrer Eröffnung nahezu voll belegt. 2007 wurde der Musikpark 2 eröffnet. Rund 160 Unternehmen wurden in der gesamten Zeit angesiedelt und gefördert. Ca. 400 Arbeitsplätze sind am Standort entstanden. Leider hat das Gebäude des Musikparks einige bekannte Mängel, die den Betrieb belasten und die Instandhaltung kostenintensiv machen. Die mg:mannheimer gründungszentren gmbh kann die erforderlichen

Instandhaltungsmaßnahmen nicht aus eigener Kraft leisten. Auch ist eine Drittfinanzierung nicht darstellbar. Daher muss die Stadt Mannheim der mg:mannheimer gründungszentren gmbh die erforderlichen Mittel bereitstellen. Insbesondere die Fassadensanierung als auch die Sanierung der Dachhaut sind als drängende Instandhaltungsmaßnahmen zu nennen. Bis 2014 werden Instandhaltungsmittel in Höhe von 400.000 Euro bereitgestellt.

Das MAFINEX-Technologiezentrum ist - neben dem Umstand, dass hier rund 40 Unternehmen mit ca. 220 Arbeitsplätzen angesiedelt sind - die zentrale Plattform für Know-how-Transfer im technologischen Bereich. Ein vielfältiges Seminar- und Beratungsangebot bietet den Unternehmen ein optimales Umfeld, zu wachsen und die Vorteile des Standortes Mannheim zu erkennen. Bis zum Jahr 2015 ist der Erweiterungsbau des 2. Bauabschnittes fertiggestellt, was das Flächenangebot nahezu verdoppeln wird. Das Gesamtvolumen der Maßnahme beträgt 11 Mio. Euro.

Im Alten Volksbad in der Neckarstadt soll Kreativwirtschaft mit Bezug zum Stadtteil angesiedelt werden. In dem denkmalgeschützten Gebäude werden ca. 20 Unternehmen mit rund 60 Arbeitsplätzen ihr wirtschaftliches Zuhause finden. Das Quartiermanagement der Neckarstadt und die Geschäftsstelle des „Bermudafunk“ werden hier ebenso ihren Sitz haben wie die Gründungsberatung PROFI - Wirtschaft, Bildung, Integration. Die Einrichtung bedarf eines jährlichen Zuschusses von 100.000 Euro. Sie ist zugleich ein Beitrag zur Stabilisierung und Entwicklung der Neckarstadt-West und der Mittelstraße.

Das Clustermanagement Musikwirtschaft vernetzt seit 2010 Unternehmen mit Musikwirtschaftsbezug in der Region. Hierdurch konnten Start-Ups angesiedelt werden. Die Studenten der Popakademie finden professionelle Ansprechpartner für Gründungsvorhaben in Mannheim und eine Reihe von Kooperationen und Aktionen, die auch durch das Clustermanagement eingeleitet wurden, machen Mannheim neben Köln, Hamburg und Berlin zu einem der führenden Musikwirtschaftsstandorte in Deutschland.

Das Kreativwirtschaftszentrum im Jungbusch, das 2014 eröffnet und von der mg:gmbh betrieben werden soll, bildet den vorläufigen Höhepunkt der institutionellen Kreativwirtschaftsförderung in Mannheim. In dem neu zu bauenden Gebäude (Kostenvolumen 12,475 Mio. Euro) am Quartiersplatz im Jungbusch werden ca. 40 Unternehmen aller kreativwirtschaftlicher Sparten angesiedelt werden. Ca. 200 Arbeitsplätze entstehen. Eine kommunale Galerie ist angeschlossen. Dieses Zentrum auf der Achse von Musikpark und Popakademie wird den Jungbusch endgültig zu Mannheims Kreativwirtschaftsquartier werden lassen, das die Stadt bereichert und Aufmerksamkeit auf die ganze Stadt lenkt.

m:con und Tourismus als Wirtschaftsfaktoren

2011 wurde das Congress Center Rosengarten zum besten deutschen Kongresszentrum gewählt.

Die hochrangigen Veranstaltungen bieten dabei nicht nur einen interessanten Rahmen zur Präsentation der Stadt und Region und ihrer Möglichkeiten, sie sind ein relevanter Wirtschaftsfaktor mit Blick auf Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie. Zusammen mit den Kulturinstitutionen und Veranstaltungen befördert die m:con den Tourismus. 2010 konnte erstmals die Millionengrenze bei Übernachtungen übersprungen werden. Was zunächst als einmalig eingeschätzt wurde, scheint auch 2011 zu gelingen.

Der Ausbau des Kongresszentrums hat in den vergangenen Jahren zu einer erheblichen Umsatzsteigerung geführt, die über den Prognosen der Firma McKinsey liegen. Die Baukostenüberschreitung von rd. 7 Mio. Euro, die auf dem Kapitalmarkt durch die m:con aufgenommen werden mussten, sowie der notwendige Facilitymanagement- und Contractingvertrag belasten die m:con jedoch und führen zu einer strukturellen, d.h. nicht durch eigene Maßnahmen und Unternehmenserfolg auszugleichenden Unterfinanzierung. Durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der SMB wird auch diese Gesellschaft unmittelbar belastet. Es ist daher notwendig, den städtischen Zuschuss - wie in der bisherigen Finanzplanung vorgesehen - von 2,8 auf 3,4 Mio. Euro zu erhöhen, um damit beiden Gesellschaften, m:con und SMB, die Chance einzuräumen, positive Ergebnisse zu erwirtschaften.

V. Sozialpolitik für Teilhabe und als Teil finanzpolitischer Nachhaltigkeit

Erfolgreicher Einsatz für Erhalt des Jobcenters Mannheim

Aktivierende und aktive Arbeitsmarktpolitik sind die zweite wichtige Säule der Aktivitäten für die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts in Mannheim. Die lange Zeit drohende Auflösung des Jobcenters konnte durch eine Verfassungsänderung abgewendet werden. Unser Engagement auf der politischen Ebene und in allen wesentlichen überregionalen Medien ist wahrgenommen worden und hat sicherlich einen Beitrag geleistet. Mit der Überführung der Arbeitsgemeinschaft in eine gemeinsame Einrichtung kann die erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden. Dass unsere gemeinsamen arbeitsmarktpolitischen Strategien - auch unter schwierigen Bedingungen - wirken, hat sich in zweierlei Hinsicht gezeigt: Die Jugendarbeitslosigkeit

im SGB II liegt nunmehr seit fünf Jahren unter einem Prozent und das JobBörsen-Programm hat die Integration von Langzeitarbeitslosen auch in der Krise steigern können, weil es dicht an den Betrieben und den arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern agiert.

Von der derzeitigen niedrigen Arbeitslosenquote profitieren auch die Langzeitarbeitslosen. Innerhalb von zwei Jahren hat sich deren Zahl um rd. 18 Prozent auf nunmehr 2.860 im Jobcenter verringert. Die gute wirtschaftliche Entwicklung müsste jetzt auch von der Bundesregierung genutzt werden, um mit entsprechenden Qualifizierungen und Förderungen noch mehr Menschen aus dem Arbeitslosengeld II herauszuführen. Stattdessen beabsichtigt die Bundesregierung, die Eingliederungsmittel - die im vergangenen Jahr für Mannheim bereits um 12 Mio. Euro gekürzt wurden - um weitere 4,5 Mio. Euro in 2012 und in 2013 nochmals um 2 Mio. Euro zu reduzieren. Diese Politik geht zu Lasten der Kommunen, aber noch mehr zu Lasten langzeitarbeitsloser Menschen, die ohne Unterstützung und Qualifizierung keinen Anschluss an den Arbeitsmarkt finden können. Eine Balance von Fördern und Fordern sieht anders aus.

Die neue Landesregierung Baden-Württemberg hat erfreulicherweise angekündigt, dass sie wieder ein Förderprogramm für Langzeitarbeitslose einführen will. Wir hoffen, dass der Bund sich dieser politischen Notwendigkeit doch noch anschließen kann und seine beabsichtigten Kürzungen nicht umsetzt.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist - neben all den erfreulichen Tendenzen - dennoch nicht für alle Beschäftigten befriedigend: Von den etwas mehr als 14.000 Bedarfsgemeinschaften in Mannheim müssen bereits heute über 4.000 aufstockende Leistungen des Jobcenters - überwiegend in Form der kommunal zu finanzierenden Wohnkosten - in Anspruch nehmen, weil ihr Arbeitseinkommen zu gering ist. Hier wurde auf dem Rücken der Kommunen ein Kombilohn eingeführt. Es wird Zeit, dass der Gesetzgeber dieser enormen Zunahme von nicht auskömmlicher Entlohnung gegensteuert. Die Kommunen haben keinen Einfluss auf diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, müssen aber die Folgekosten tragen.

Hilfe für Pflegebedürftige

Für die Fragen von Zugehörigkeit und Teilhabe einerseits und die Haushaltsentwicklung andererseits ist die Frage der Ausgestaltung der Hilfe für Pflegebedürftige gleichermaßen bedeutsam. Sozialpolitischer Konsens aus beiden Motiven heraus ist es, dass vorrangig die häusliche Versorgung pflegebedürftiger Menschen gesichert werden soll. Um ältere Menschen besser über alle ambulanten Leistungen zu beraten, aber auch über die Situation bei

der stationären Hilfe, wurden in diesem Jahr - gemeinsam mit den Pflege- und Krankenkassen - in Mannheim zwei Pflegestützpunkte eingerichtet, die Bürgerinnen und Bürger trägerunabhängig unterstützen. Transparenz im Bereich des Pflegemarktes ist dringend erforderlich, weil die Leistungen und die Preise sehr unterschiedlich sind. Im Bereich der Hilfe zur Pflege für Sozialhilfebezieher bleibt es dabei, dass wir eine individuelle Prüfung und Beratung durchführen und die Kostenübernahme beschränken. Die Erfahrungen zeigen, dass sowohl die meisten Pflegebedürftigen als auch ihre Angehörigen hierfür Verständnis haben. Bislang hat es auch noch keine Ablehnung und noch weniger einen Widerspruch gegen unsere systematische Aufklärung und unsere Entscheidungspraxis gegeben.

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Die für die Pflegebedürftigkeit benannten Grundsätze gelten auch für die Eingliederungshilfe behinderter Menschen. Hinzu kommt hier - auch unter Gesichtspunkten des Arbeitsmarkts und des Wirtschaftsstandorts -, „Wertschöpfung“ an den Standort Mannheim zu binden. Dies verbindet sich mit dem Leitgedanken in der Hilfe für behinderte Menschen: Inklusion. Menschen mit Behinderung sollen teilhaben, indem sie - wo immer dies möglich ist - in den Regelsystemen verortet werden. Wegweisend in diesem Zusammenhang ist der Abschluss einer Zielvereinbarung mit einem großen Träger einer Komplexeinrichtung über die Rückführung von 130 Mannheimer Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung nach Mannheim und die damit verbundene Ambulantisierung. Diese bislang im Neckar-Odenwald-Kreis lebenden Menschen lernen derzeit wieder ihre Heimatstadt kennen und es ist erfreulich, dass sie sich für ein neues Wohnen in Mannheim begeistern können.

Ein weiterer Meilenstein in der Umgestaltung der Eingliederungshilfe konnte dadurch erreicht werden, dass erstmals seit Jahrzehnten der Anstieg der stationären Unterbringungen gestoppt werden konnte. Dennoch bedarf die Eingliederungshilfe mit Ausgaben von 43,4 Mio. Euro weiterer Reformen und einer konsequenten Umsetzung der in der Teilhabeplanung vorgeschlagenen Schritte und Maßnahmen.

Versorgung psychisch Kranker

Ähnlich stellt sich die Entwicklung bei der Versorgung psychisch Kranker dar. Ein Teil der Mannheimer Bürgerinnen und Bürger wird derzeit im PZN Wiesloch versorgt. Hier laufen intensive Verhandlungen mit dem Land, die zu einer diesbezüglichen Veränderung und damit nicht nur zu einer gemeindenahen Versorgung führen sollen, sondern zugleich Investitionen in Mannheim auslösen, den Wissenschaftsstandort stärken und Arbeitsplätze in Mann-

heim entstehen lassen würden. Um die Dimensionen zu verdeutlichen: es geht beim ZI nach Auskunft der Universität Heidelberg schätzungsweise um Investitionen von 110 Mio. Euro in den nächsten Jahren und um rund 100 zusätzliche Arbeitsplätze.

Bildungs- und Teilhabepaket als neue Sachleistung

Als Reaktion auf die Verfassungswidrigkeit der Regelsätze im SGB II hat die Bundesregierung zum 01.01.2011 das Bildungs- und Teilhabepaket als neue Sachleistung für Kinder und Jugendliche eingeführt. Die Ausführung dieser neuen Leistung wurde nach einigem gesetzgeberischen Hin und Her den Kommunen übertragen. Da wir in diesen Bereichen als Kommune aktiv waren, führt dies zu einer finanziellen Entlastung. Konzeptionell überzeugt der Ansatz jedoch nicht: Die meisten Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes müssen von den Eltern einzeln beantragt werden und entsprechend mit enormem bürokratischem Aufwand von strikt getrenntem Personal bewilligt werden. Hartz-IV-Kinder und -Jugendliche dürfen ausschließlich nur von Mitarbeitern/innen des Jobcenters verwaltet werden, auch wenn diese kommunale Beschäftigte sind; Kinder mit Wohngeld bzw. Kinderzuschlag müssen durch »rein« kommunale Mitarbeiter/innen administriert werden. Auch eine einheitliche Software darf nicht verwendet werden. So wird durch Bundesvorgaben eine Bürokratie geschaffen, die nicht vermittelbar ist. Die als Individuelleistung zu gewährende Teilhabe an Bildung - für Mannheim in Höhe von rd. 5 Mio. Euro - würde eine höhere Wirksamkeit erlangen, wenn sie den Kommunen für strukturelle Verbesserungen zur Verfügung gestellt worden wäre. Es bleibt zweifelhaft, ob diese Förderung tatsächlich auch von allen Eltern beantragt wird und bei den Kindern ankommt. Bislang wurden von den Eltern nur für rund ein Viertel aller antragsberechtigten Kinder Leistungen geltend gemacht, obwohl die Eltern mehrfach angeschrieben wurden. Für die Schulsozialarbeit, die im Bildungs- und Teilhabepaket II vereinbart wurde, fehlt bislang noch jede gesetzliche Grundlage, so dass die Ausgestaltung noch offen bleibt.

Entlastung bei Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahrzehnte hat bei einer zunehmenden Anzahl von Menschen zu erheblichen Brüchen in ihren Erwerbsbiografien geführt. Deshalb wächst die Zahl derer, die mit dem Renteneintritt unterhalb der Grundsicherung im Alter liegen. Es ist nur folgerichtig, dass der Bund, der die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt und bei den Renten setzt, seine Beteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stufenweise erhöht. Für 2012 wird dies Mehreinnahmen von 6,5 Mio. Euro für Mannheim

bedeuten, die im Jahr 2014 auf dann knapp 20 Mio. Euro aufwachsen und damit zu einer vollständigen Übernahme durch den Bund führen wird.

VI. Integrierte Stadtentwicklung für soziale Stabilität und wirtschaftliche Dynamik

Zukunftsfähiger Wohnstandort - Wohn.Raum.Stadt

Beim Wohnungsbau geht es in Mannheim zwar trotz im Augenblick leicht sinkender Einwohner-Prognosen auch um quantitative Ausweitung, im Wesentlichen aber um die Arrondierung des Angebots durch die Schaffung von qualitativ hochwertigem Wohnraum. Bei diesem auf die Wohnungsnachfrage angepassten Angebot gilt es, auf eine entsprechende Architekturqualität zu achten.

Mannheim steht als Wohnstandort im dauernden Wettbewerb mit benachbarten Städten und Umlandgemeinden. Nur wenn Mannheims Funktion als Wohnstandort erhalten und gestärkt wird, kann es seinen notwendigen sonstigen Aufgaben als Oberzentrum für die Region gerecht werden. Im Rahmen von Change² hat sich die Stadt insbesondere die „Stärkung einer sozial und ökologisch ausgewogenen Urbanität“ und damit die Sicherung und den Ausbau der Attraktivität des Wohnstandortes Mannheim für alle Bevölkerungsgruppen als strategisches Ziel gesetzt. Mit dem konzeptionellen Handlungsrahmen „Wohn.Raum.Stadt“ werden die vielfältigen Fragestellungen und Aufgaben, die sich aus der Aufgabenstellung ergeben, in der Verwaltung koordiniert. In der Umsetzung im Rahmen der kommunalen Wohnungspolitik gewinnen Planungs- und Steuerungsfragen der Stadtentwicklung immer größere Bedeutung. Dazu gehören neben Daueraufgaben wie dem Wohnungsmarkt-Monitoring, der Erstellung des Mannheimer Mietspiegels oder der Kooperation mit der GBG Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH auch vielfältige themenbezogene Studien zum Mannheimer Wohnungsmarkt. Mit dem gezielten Voranbringen einzelner Wohnungsbauprojekte setzen wir neue Impulse auf dem Mannheimer Wohnungsmarkt. Ich hoffe sehr, dass solche Projekte auch die Fantasie und das Engagement weiterer Investoren beflügeln.

Bei der Umsetzung der Wohnungsbaustudie von Albert Speer und Partner „Zukunftsfähiger Wohnstandort Mannheim“ stehen im Zeitfenster der Finanzplanung Maßnahmen wie T4/T5 oder die Entwicklung des Areals „Hammonds Barracks“, aber auch einige kleinere Maßnahmen im Fokus. Hinzu kommt das Glückstein-Quartier, bei entsprechendem Verhandlungserfolg auch das Gelände der ehemaligen Turley-Kaserne.

Baukultur mit stärkerem Gewicht

Baukultur ist eine Standortqualität, die nicht gering geschätzt werden darf und dringend der Entwicklung bedarf. Mit dem Baukompetenzzentrum haben wir einen neuen Bereich geschaffen, der sich dieses Themas verstärkt annimmt. Wir wollen das Thema „Baukultur“ durch Aktionen, Baustellen-Begehungen und Vorträge stärker in das Bewusstsein der Mannheimer Bürgerschaft rücken und eine lebendige, öffentliche Diskussion fördern, weil es natürlich nicht allein um das Bauen der öffentlichen Hand geht. Auf unserem Weg, der Baukultur zu mehr Gewicht zu verhelfen, unterstützt uns der Gestaltungsbeirat als Instrument zur kritischen Reflektion vorgelegter Gestaltungskonzepte. Der kreative Disput ist dabei erwünscht. Damit ist die Erwartung verbunden, ein Höchstmaß an Architekturqualität zu erzielen.

Wesentliche Investitionen in die Stadtentwicklung

Glückstein-Quartier

Mit dem Glückstein-Quartier realisieren wir ein herausragendes Stadtentwicklungsprojekt. Aufgrund seiner hervorragenden Standortqualitäten hat das Quartier eine besondere Bedeutung für die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Schaffung von hochwertigem Wohnraum. Wir haben daher zur zügigen Umsetzung des Projekts und Vermarktung der Grundstücke bei Dezernat IV die neue „Projektkoordination Glückstein-Quartier“ eingerichtet. Von dort wurde bereits, während der Neuordnungs- und Erschließungsphase, mit der Vermarktung der gewerblichen Baufelder begonnen.

Die bauliche Umsetzung der Maßnahme erfolgt gemäß dem Zeitplan. Der Rückbau der Bahnanlagen sowie die Vorarbeiten für die Verlegung der Südtangente im Bereich Bahninsel sind abgeschlossen. Zurzeit erfolgt die Verlegung der Südtangente im Bereich Hochschule Mannheim sowie die Realisierung der RNV- Maßnahme „Erneuerung Neckarauer Übergang, inkl. der neuen Haltestelle Hochschule“. Der erste Bauabschnitt der Südtangente, mit einem Kostenanteil von rd. 5,50 Mio. Euro, wird im Spätsommer 2012 hergestellt sein.

Parallel wird ab dem Frühjahr 2012 bis Ende 2013 die restliche Südtangente, vom Victoria-Hochhaus bis zum Fahrlachtunnel, mit einem Kostenanteil von rd. 14,50 Mio. Euro, verlegt. Für die Realisierung der Glückstein-Allee werden in den Jahren 2012 bzw. 2013 Vorarbeiten (Altlasten- und Kampfmittelräumung, Kanal- und Leitungsverlegung) durchgeführt. In den Jahren 2014/2015 wird dann, gemeinsam mit der verlängerten Windeckstraße, der endgültige Straßenbau hergestellt. Für die notwendige Verlegung der Feuerwache Mitte wurden im Doppelhaushalt Planungsraten von 1,665 Mio. Euro bereitgestellt.

Entwicklungskonzept Innenstadt

Der bürgerschaftliche Beteiligungsprozess zur Erstellung des Entwicklungskonzepts Innenstadt ist sehr erfolgreich verlaufen. Es konnten vielversprechende Konzepte und Ideen aufgezeigt werden. Damit wir weiter an der Vertiefung der Planungen und Fortsetzung der Bürgerbeteiligung arbeiten können, sind 100.000 Euro etatisiert. Für den Ausbau der Marktstraße als Konsequenz aus dem Erfolg des Projekts G2/H2 sind 300.000 Euro in den Finanzhaushalt aufgenommen.

Eine Maßnahme von ganz besonderer Bedeutung aus dem EKI-Prozess ist der Umbau der Planken. Vor dem Hintergrund des Entwicklungskonzeptes Innenstadt wurde ein städtebaulicher Realisierungswettbewerb zur „Neugestaltung der Planken in Mannheim - Vom Wasserturm bis zum Verbindungskanal“ ausgeschrieben. Der auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses aufgesetzte Planungsprozess erfolgt in engem Austausch mit den Vertretern des Einzelhandels und den Bürgerinnen und Bürgern. 2010 und 2011 wurden die Planungsschritte besprochen und öffentlich ausgestellt. Entsprechend dem Aktionsplan „Mannheim - auf dem Weg zur behindertenfreundlichen Stadt“ sind auch die Behindertenverbände einbezogen.

Die Planungen (Belag, Mobiliar, behindertengerechter Ausbau) sollen bis Mitte 2012 abgestimmt sein, ab 2013 soll mit den Umbauarbeiten begonnen werden. Entsprechend dieses Zeitrahmens sind die Mittel in den Haushaltsentwurf aufgenommen worden, d. h. 300.000 Euro sind in 2012 und 3,4 Mio. Euro in 2013 vorgesehen (sowie in 2014 und 2015 jeweils rd. 4 Mio. Euro). Selbstverständlich wird bei der Realisierung dieses Vorhabens die Entwicklung auf den Quadraten Q6 und Q7 berücksichtigt und der Zeitplan - falls erforderlich - entsprechend angepasst.

Augustaanlage

Der erste Bauabschnitt der Neugestaltung unserer Augustaanlage ist abgeschlossen. Die ersten Bäume wurden ausgetauscht und die neue Konzeption der mittigen Wegführung und der innovativen Beleuchtung haben bereits eine sehr positive Resonanz erfahren. Im kommenden Winterhalbjahr werden wir mit dem zweiten Bauabschnitt fortfahren. Sehr erfreulich ist die große Spendenbereitschaft seitens der Bevölkerung und zahlreicher Unternehmungen. Bis jetzt sind über 300.000 Euro an Spendengeldern eingegangen. Damit sind die ersten 100 Platanen (von insgesamt 220 Bäumen) finanziert. Hierfür möchte ich mich bei allen Spenderinnen und Spendern sehr herzlich bedanken.

Stadtteilzentren

Städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen haben für die Stadtteilzentren eine wichtige identitätsstiftende Bedeutung. Sie stärken die Stadtteile wirtschaftlich und als Wohnstandorte. Wir werden daher den erfolgreichen Einsatz der Instrumentarien der Städtebauförderung fortführen. Die LSP-Maßnahme „Rathausplatz Wallstadt“ ist nahezu abgeschlossen; bei der Stadterneuerungsmaßnahme „Schönau Mitte“ beginnt auf den Ergebnissen des bürgerschaftlichen Beteiligungsprozesses die konkrete Ausführungsplanung mit dem Ziel, die Neugestaltung des „Lena-Maurer-Platzes“ bis 2012/13 abzuschließen; bei der Neugestaltung des Seckenheimer Zentrums „Planken“ und der Seckenheimer Hauptstraße werden die nächsten Planungsschritte gegangen. Die Einbeziehung der Bürgerschaft in den Prozess der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme „Käfertal Zentrum“ wird mit einem Workshop beginnen; für die Neugestaltung der öffentlichen Flächen sind in den beiden kommenden Jahren erste Finanzraten von insgesamt 980.000 Euro vorgesehen; die Verlegung des Kindergartens in die Ladenburger Straße ist mit 2,12 Mio. Euro finanziert.

Neben der im Mittelpunkt stehenden Aufwertung der Stadtteilzentren sind die Projekte geprägt von einer intensiven bürgerschaftlichen Teilhabe an den Planungs- und Entscheidungsprozessen. Wir haben dabei einen neuen Standard für die Beteiligung der Menschen vor Ort bei den konkreten Planungen von Projekten definiert und können damit die reichhaltigen Erfahrungen und Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger gewinnbringend nutzen.

Radverkehr

Die Steigerung des Radverkehr-Anteils kann einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Aufenthalts- und Lebensqualität unserer Stadt leisten. An den Hauptverkehrsstraßen in der Innenstadt, auf denen das höchste Verkehrsaufkommen herrscht, sind bisher nur abschnittsweise Radverkehrsanlagen vorhanden. Das ist der wohl gravierendste Mangel unseres Radwegenetzes.

Bei der weiteren Umsetzung des Radverkehrsnetzkonzeptes mit dem vorrangigen Ziel der Lückenschlüsse an Hauptverkehrsstraßen steht der 1. Bauabschnitt des Radwegs in der Bismarckstraße im Mittelpunkt. Diese auch von der Universität Mannheim geforderte Maßnahme wird zu einer deutlichen Verbesserung der Situation für Radfahrer/-innen auf dieser stark frequentierten Hauptverkehrsstraße führen, aber auch den Stadtraum positiv verändern. Sie steht auch im Zusammenhang mit der Verlegung der Südtangente, die deren Leistungsfähigkeit erhöht.

Mit der Planung wird bereits 2012 begonnen, die Bauarbeiten sollen 2013 aufgenommen werden. Im Haushaltsentwurf haben wir 200.000 Euro für 2012 und 500.000 Euro für 2013 vorgesehen; je 1 Mio. Euro sind für 2014 und 2015 eingeplant. Die Realisierung des gesamten Radfahrstreifens soll Ende 2014 abgeschlossen sein. Zu dieser Radwegführung werden erhebliche Zuschüsse des Landes erwartet.

Eine weitere Maßnahme in diesem Zusammenhang ist auch die geplante Radwegführung am „Friedrichsplatz“, mit der an die bereits vorhandenen Radwege in der „Freßgasse“ bzw. „Kunststraße“ angeschlossen werden soll.

Ausbau der Verkehrsknotenpunkte B 44 in Mannheim-Sandhofen

Die Planung der Verkehrsmaßnahme im Mannheimer Norden wurde gemeinsam mit den Landesbehörden entwickelt und ist inzwischen mit sämtlichen Projektbeteiligten abgestimmt. Das Planungsrecht wird über einen Bebauungsplan erwirkt. Die Vorlage für den Satzungsbeschluss ist derzeit in Arbeit.

Im Rahmen der bisherigen Planungsphase wurde bereits ein Baudurchführungskonzept erarbeitet, das während der voraussichtlich dreijährigen Bauzeit die Verkehrsbeeinträchtigungen soweit als möglich begrenzt. Vor Baubeginn ist noch die Ausschreibungsplanung zu erstellen. Gemäß Kostenberechnung aus dem Jahr 2009 betragen die Gesamtkosten der städtischen Baumaßnahmen (ohne Autobahnanschluss) 40 Mio. Euro. Es wird mit Zuwendungen nach dem Entflechtungsgesetz von ca. 25 Mio. Euro gerechnet. Wir sehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch mit Blick auf die übrigen drängenden Maßnahmen in der Straßen- und Brückensanierung keine Möglichkeit, den städtischen Komplementäranteil von rund 15 Mio. Euro für dieses unbestritten verkehrspolitisch wichtige Projekt im Haushalt abzubilden.

Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen

Die Erhaltung der städtischen Infrastruktureinrichtungen für die Bürgerschaft, aber auch für die Wirtschaft in unserer Stadt bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf verkehrssichere Straßen und Brücken gelegt. Die mit 11,25 Mio. Euro Gesamtkosten veranschlagte Erneuerung der Überführung der Waldstraße über die Bahntrasse wird um den Jahreswechsel 2011/12 abgeschlossen sein, im Haushalt 2012 müssen dafür noch rd. 1,7 Mio. Euro eingestellt werden. Für die Sanierung von Brücken sind in 2012 2,67 Mio. Euro und in 2013 3,45 Mio. Euro eingeplant; für die Straßenunterhaltung stehen 3,85 Mio. Euro bzw. 6,85 Mio. Euro zur Verfügung. Für die dringend notwendige und in den letzten Haushaltsberatungen verschobene Sanierung und Umgestaltung der Schul-

straße in Neckarau haben wir 500.000 Euro in 2012 und je 1 Mio. Euro für die Jahre 2013 und 2014 etatisiert.

Auch wenn wir, im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten, bei den Unterhaltungsmaßnahmen einen Schwerpunkt gesetzt haben, verbleibt ein nicht unerheblicher Nachholbedarf.

Umsetzung der Klimaschutzkonzeption

Klimaschutz ist mit dem letzten Doppelhaushalt zu einem sehr zentralen Thema in der Stadtverwaltung geworden. Auch dieses Thema hat neben der unmittelbaren fachlichen Begründung auch eine Bedeutung im Bereich der Profilierung und Darstellung der Stadt als lebenswertes Zentrum.

Wir sind im zweiten Jahr der Umsetzung des 60 Maßnahmen umfassenden Aktionsplanes zum Klimaschutz. Es galt, die Finanzierung für die Maßnahmen aus der Klimaschutzkonzeption weiter zu sichern. Dazu zählt die Fortführung des sehr erfolgreichen städtischen Fördermittelprogramms für Wärmedämmmaßnahmen für private Haushalte in seiner bisherigen Höhe von 340.000 Euro jährlich. Mit der energetischen Sanierung unserer stadteigenen Gebäude wollen wir unserer Vorbildfunktion gerecht werden - mit ebenfalls entsprechend kontinuierlichen Finanzmitteln. Durch die Zuschüsse der Gesellschafter Stadt, MVV und GBG für unsere erfolgreiche Klimaschutzagentur Mannheim konnte die kompetente Beratungsleistung weiter ausgebaut werden. Der städtische Zuschuss beläuft sich auf 200.000 Euro jährlich.

Saubere Stadt für positives Erscheinungsbild

Das Erscheinungsbild einer Stadt besteht aus vielen Facetten. Bedingt durch einen Funktionswandel von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, weg von reinen Verkehrsflächen, hin zu Räumen des öffentlichen Lebens, hat sich die Wahrnehmung des öffentlichen Raums in den Städten verändert. Unser Ziel muss es deshalb sein, einen der Metropolregion angemessenen Sauberkeitsstandard auf unseren öffentlichen Flächen zu erhalten und zu stärken. Nachdem wir die Finanzmittel zum laufenden Doppelhaushalt deutlich aufgestockt haben, wollen wir diese erhöhten Ansätze von rund 10,5 Mio. Euro pro Jahr auch für die beiden kommenden Jahre zur Verfügung stellen. Der Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeit über die aus Bundesmitteln finanzierte Entgeltvariante beim Eigenbetrieb Stadtreinigung macht es dennoch schwieriger, den Reinigungsstandard beizubehalten. Soll mit dem vorhandenen Budget ein insgesamt sauberes Stadtbild und damit eine bessere Wirkung des Erscheinungsbildes der Stadt als Lebens-, Wohn- und Arbeitsstätte gewährleistet werden, müssen

noch stärker übergreifende Konzepte (Planung, Möblierung, Beteiligung Privater, Minderung der Verschmutzung) entwickelt und umgesetzt werden.

Akzente bei der Sportförderung

Sportentwicklung steht in einem zunehmend engen Zusammenhang mit der Stadtentwicklung insgesamt. Angebote für vereinsgebundenen und - immer mehr - selbst organisierten Sport sind zentrale Faktoren der Lebensqualität. Mit den Grundlagen zur Sportentwicklung in Mannheim, die am 28. September 2011 im Ausschuss für Sport und Freizeit vorgestellt wurden, verfügen wir über aktuelle, fundierte Aussagen zum Sportverhalten der Mannheimer Bevölkerung, über einen Sportstättenatlas, über Sportstättenbedarfe sowie Handlungsempfehlungen der Gutachter von der Forschungsstelle „Kommunale Sport-Entwicklungsplanung“ der Bergischen Universität Wuppertal als Grundlage für das weitere Vorgehen auf kommunal- und sportpolitischer Ebene.

Erkenntnisse hieraus sind insbesondere, dass die Mannheimerinnen und Mannheimer im Alter von 10 bis 75 Jahren zu 81,5 Prozent bewegungsaktiv sind, der Organisationsgrad in Sportvereinen aber um 8,2 Prozent rückläufig ist. Dies bedingt, dass unsere Sportstätteninfrastruktur an den Bedarfen auch für Nichtorganisierte anzupassen ist und freie Sport- und Bewegungsräume zu schaffen sind. Weiter sind die Sportvereine zu stärken, deren Infrastruktur den Erfordernissen anzupassen und verstärkt Aspekte für neue Zielgruppen auch unter dem Gesichtspunkt des demografischen Wandels zu schaffen.

Darüber hinaus setzt Mannheim auch im Leistungssport Akzente. Wir haben daher den Ansatz für die Förderung des Sportstättenbaus für vereinseigene Sportanlagen für 2012 einmalig um 300.000 Euro auf 700.000 Euro erhöht, um den Antragsstau zu reduzieren und eine zeitnahe Auszahlung der Zuschüsse, die von den Vereinen vorzufinanzieren sind, zu gewährleisten.

Daneben wurden in den Haushalt Sondermittel in Höhe von einmalig 640.000 Euro eingestellt für die Baumaßnahmen für die Leichtathletik (Werferplatz der MTG) sowie die Baumaßnahme des Mannheimer Hockey Clubs (MHC) mit Kunstrasenplatz und Traglufthalle als Bundesstützpunkte.

Zum Erhalt und zur Verbesserung von Sportstätten in städtischer Trägerschaft wurden Mittel im Haushalt für folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Fortführung der Sanierung Eissportzentrum Herzogenried (Anerkennung als Bundesstützpunkt für Eiskunstlauf weiblich im Nachwuchsbereich und für Eishockey).
- Fortführung der Sanierung des Umkleidegebäudes der Sportanlage Käfertal-Süd.
- Erhöhung des Ansatzes zum Bau und zur Verbesserung von Sportanlagen um 110.000 Euro.

Weitere Schwerpunkte sind die Sanierung der Promenade im Strandbad und die statische Untersuchung des Campingplatz-Geländes.

Im Rahmen der Bäderkonzeption erfolgt

- der Abschluss der Sanierung und Attraktivierung des Gartenhallenbades Neckarau,
- der Abschluss der Dach- und Fassadensanierung Herschelbad,
- die Erarbeitung der Gesamtkonzeption für das Herschelbad im Rahmen des wettbewerblichen Dialogverfahrens,
- die Planung für die Konzeption und Sanierung des Carl-Benz-Bades.

Mittel für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie und Planung für die Umwandlung des Freibades Sandhofen in ein Freibad mit biologischer Wasseraufbereitung und erste Investitionen in den Gebäudebestand sind im Doppelhaushalt vorgesehen. Voraussetzung für diesen Weg ist für mich, dass mit einer entsprechenden dauerhaften Betriebskostensenkung zu rechnen ist und eine Übergabe an einen Verein für diesen wie für uns tragfähig ist. Nur dann sind Investitionen und eine Abweichung von unserer Konzeption gerechtfertigt, zunächst die Sanierung unserer definierten, unverzichtbaren fünf Kernbäder zu sichern.

Erhebliche Investitionen in den Brand- und Katastrophenschutz

Im Doppelhaushalt 2012/2013 investiert die Stadt Mannheim erheblich in den Brandschutz und damit in die Sicherheit unserer Bevölkerung und Unternehmen. Ein wesentlicher Bestandteil stellt hierbei der Ersatz veralteter Fahrzeuge dar. Für die beiden Haushaltsjahre sind hierfür 2,6 Mio. Euro vorgesehen. Mit der anstehenden Finanzierung der neuen Fahrzeuge in 2012/2013 hat die Feuerwehr ein Konzept vorgelegt, das den zukünftigen Anforderungen der Berufs-, aber auch gerade der Freiwilligen Feuerwehr gerecht wird und sich durch eine hohe Effizienz auszeichnet. Zusätzlich sind 490.000 Euro für die Umrüstung auf Digitalfunk etatisiert.

Nach langen Jahren und Diskussionen haben wir uns entschieden, ab 2012 wieder mit der flächendeckenden Einführung eines Sirennetzes in Mannheim zu beginnen. Allein der Verweis auf elektronische Informationsmöglichkeiten scheint uns nicht ausreichend, da sich in der Stadt Mannheim aufgrund ihrer Industrie-, aber auch Verkehrsinfrastruktur das größte Risikopotenzial im Land befindet. Tatsache ist, dass die Zahl so genannter Störfallbetriebe innerhalb von Baden-Württemberg in Mannheim am höchsten ist, unter Einbeziehung der BASF ist es die höchste Dichte in Europa. Hinzu kommen einer der umsatzstärksten Binnenhäfen Europas und der zweitgrößte Rangierbahnhof Deutschlands mit zahlreichen Gefahrguttransporten. Um die Möglichkeit der Frühwarnung zu geben, soll 2012 bis 2015 ein stadtweites Sirennetz aufgebaut werden. Dieses flächendeckende Frühwarnnetz soll durch Kooperationen mit Unternehmen am Standort Mannheim ergänzt werden. Noch zu bewältigende Aufgabe ist es, eine Mitfinanzierung der großen Störfallbetriebe zu erreichen. Die Maßnahme wurde jedoch mit 900.000 Euro in den nächsten vier Jahren in den Haushalt aufgenommen.

Erste Erkenntnisse aus dem bis Ende des Jahres abzuschließenden Brandschutzbedarfsplan haben gezeigt, dass der Erhalt und die damit dringend erforderliche Sanierung der Feuerwache Nord unabdingbar sind. Für eine Realisierung wurden hierzu im Haushalt 2012 400.000 Euro und 2013 1,2 Mio. Euro eingeplant, die mit Planansätzen in Höhe von 1,5 Mio. Euro (2014), 1,4 Mio. Euro (2015) und 6 Mio. Euro (2016) fortgesetzt werden sollen.

VII. Konversion: Große Chancen - Erhebliche Risiken / Bundesgartenschau 2023?

Unzweifelhaft ist die Konversion der amerikanischen Militärflächen die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Dennoch habe ich das große Thema der Konversion bewusst nicht an den Anfang der Haushaltsrede vor die allgemeinen Themen der Stadtentwicklung gestellt. Mir geht es darum, den Hinweis der Planer und Experten aufzugreifen, uns in unseren Überlegungen nicht von den Konversionsflächen dominieren zu lassen, sondern die wesentlichen, für richtig erkannten Stadtentwicklungsziele konsequent weiterzuverfolgen.

Zu diesen Stadtentwicklungszielen gehört übrigens auch die Weiterführung des Dialogs mit dem Land und dem Hafen über abgestimmte Entwicklungsperspektiven des Hafens. Die Fortsetzung dieser Gespräche und die konsequente Erarbeitung einer gemeinsamen Masterplanung sind mit der Landesregierung vereinbart.

Schon heute ist erkennbar, dass sich dieser Hinweis der Experten, unsere zentralen Ziele angesichts der Konversion nicht aus den Augen zu verlieren, vor allem auch an das Land Baden-Württemberg richten muss. Denn bereits jetzt werden wir damit konfrontiert, dass von uns bei der Beantragung von Fördermitteln eine Priorisierung der Konversion erwartet wird. Das würde bedeuten, die Stadtteilentwicklung in Seckenheim und Käfertal, die Planken oder den Zuschuss für die Kunsthalle nachrangig zu behandeln. Hier wird sehr greifbar, wie zwingend erforderlich es ist, dass für die besonderen Herausforderungen der Konversion in der Städtebauförderung zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sie ist sonst entweder überhaupt nicht mit einer Aussicht auf Erfolg anzugehen oder sie blockiert die Entwicklung unserer zentralen Anliegen. Beides ist nicht akzeptabel.

Unser Ziel für die Konversion muss es sein, mit innovativen Konzepten und intelligenten Lösungen die Chancen zu nutzen, die Lebensqualität zu erhöhen und mit attraktiven Wohn-/Gewerbeangeboten neue Zielgruppen zu gewinnen bzw. in Mannheim dauerhaft zu halten. Es handelt sich um ein strategisches Projekt mit erheblichen Auswirkungen auf nahezu alle kommunalen Aspekte, wobei im Projektverlauf eine enge Verbindung zu den definierten Projekten „Kultur.Raum.Stadt“ und „Wohn.Raum.Stadt“ besteht.

Nach den bereits geräumten Turley-Barracks (13 ha) werden im Zeitraum bis 2015 auch die übrigen US-Militärstandorte im Stadtgebiet Mannheim frei. Damit sind insgesamt weitere 510 ha Fläche neu zu überplanen und städtebaulich in die Flächennutzungen und das Stadtgefüge Mannheims einzugliedern. Hierbei handelt es sich um neun Einzelflächen in verschiedenen Stadtteilen mit unterschiedlichen Entwicklungsschwerpunkten, die 3,5 Prozent der Gesamtgemarkungsfläche ausmachen (6 Prozent der Siedlungsfläche, 10 Prozent der bebauten Fläche).

Das Projekt stellt bezüglich der Bürgerbeteiligung, Kommunikation, Information und des Projektmanagements, aber auch bezüglich des Planungsprozesses außergewöhnliche Ansprüche. Hierbei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass es einer intensiven Abstimmung mit der Region und weiteren Akteuren bedarf. Um diesen Aufgaben gerecht werden zu können, bedurfte es eines Projektverantwortlichen, insbesondere zu Fragen der strategischen Ausrichtung und der Steuerung der Bürgerbeteiligung in meinem Zuständigkeitsbereich zunächst für die kommenden fünf Jahre. Ich bin froh, dass wir mit Dr. Konrad Hummel einen sowohl in der Konversion wie in der Verwaltung und Fragen der Bürgerbeteiligung erfahrenen Projektverantwortlichen gewinnen konnten.

Weiter waren die Planungskapazitäten im Bereich des Planungsdezernates zu stärken. Für eine intensive Einbindung des Gemeinderates wurde ein eigener Unterausschuss des Hauptausschusses gebildet.

Dieser Planungsprozess, wie er in vergleichbarer Größenordnung noch nie auf die Stadt zugekommen ist, wird sich wohl über die nächsten 20 Jahre hin entwickeln, wobei jedoch gerade in der Anfangsphase umfangreiche und richtungweisende Analyse-, Abstimmungs- und Entwurfsschritte zu bewältigen sind. Dies betrifft insbesondere großmaßstäbliche Planungsüberlegungen zur Stadtentwicklung mit den Schwerpunkten Wohnungsbau, Freiraum und Gewerbe und Industrie. Insgesamt sind die städtischen Planwerke (formell und informell) vor dem Hintergrund der großflächigen neuen Nutzungsüberlegungen einem sorgfältigen Überprüfungs- und Anpassungsprozess zu unterziehen, der in neuen Festlegungen im Flächennutzungsplan mündet und dessen Ergebnisse über Bebauungspläne in allgemein verbindliches Planrecht überführt werden müssen. Diese Arbeitsschritte sind über zahlreiche Maßstabsebenen miteinander und mit der überörtlichen Planung zu verzahnen, so dass eine zügige und reibungslose Umnutzung der Flächen erfolgen kann, die auch dazu beiträgt, eine nachhaltige Siedlungs- und Freiraumentwicklung zu gewährleisten. Eine große Rolle werden dabei auch Fragen der infrastrukturellen Ausstattung und Anbindung der Flächen spielen.

Für unsere Stadt eröffnen sich durch die freiwerdenden militärisch genutzten Flächen Chancen für eine ökonomisch wie ökologisch und am demografischen Wandel ausgerichtete Stadtentwicklung. Dabei ist es Ziel, eine hochwertige Gestaltung durch Wettbewerbe und Bürgerbeteiligungsprojekte zu erreichen. Beginnend mit den bereits freigegebenen Flächen der Turley Barracks, Hammonds Barracks und Taylor Barracks wird die Konversion noch viele Jahre die Steuerung unserer Stadtentwicklung herausfordern. Diese wird eine Akzentverschiebung erfahren hin zu bürgerschaftlich begleiteten Entscheidungsfindungen. Beim Fachbereich „Städtebau“ haben wir Mittel für Analysen, Gutachten und auch für investive Maßnahmen vorgesehen.

Mit der Konversion der US-Flächen betreiben wir unser größtes - auf die Stadterneuerung und Modernisierung - angelegtes Beteiligungsprojekt. In einer umfassenden Kampagne haben wir die Bürgerschaft nicht nur informiert, sondern aufgefordert, Ideen beizusteuern und unser Partner für einen Rahmenplan zu werden, der die Chancen dieser riesigen Fläche nutzt und die Risiken minimiert. Mit einer Informationsvorlage habe ich Sie über die „1000 Ideen für eine Stadt, die sich neu baut“ unterrichtet. Dabei geht es um die Entwicklung eines gemeinsam getragenen Verständnisses, die Herstellung von Transparenz und Vertrauen, um Aktivierung und Aufmerksamkeit bei allen, die etwas praktisch als Investoren, potenzielle

Mieter oder Käufer, Mäzene und Engagierte beitragen können. Das befürchtete Wunschkonzert wird eine Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger, die sich mit dem Thema befassen, nicht anstimmen.

Zu einem solchen Rahmenplan gehört, das können wir nach den Erfahrungen des letzten halben Jahres sagen, die Stärkung der Stadt auf mindestens fünf Gebieten:

1. Wir haben die Chance, über vier Kasernen hinweg einen Grünzug zu ziehen, der unserem Klima dient, die Bewegung der Menschen fördert und, wenn wir uns anstrengen, auch unsere Flusslandschaft in die Planung einzubeziehen.
2. Wir haben die Chance, Areale für gehobenes Wohnen und modellhafte Stadtquartiere zu erschließen und Liegenschaften der GBG durch bessere zu ersetzen.
3. Wir haben die Chance, mit Unternehmen Gewerbeflächen im Stile von Campusflächen so zu bebauen, dass moderne Energiespeichertechnik, gemeinsame Dienstleisternutzung und gemischte Wohn-/Ateliernutzung denkbar werden.
4. Wir haben die Chance, auf der Turley-Kaserne oder einer nachfolgenden Kaserne Flächen für neue Wohnraum-Konzepte des gemeinschaftlichen Wohnens beispielhaft zu nutzen.
5. Wir haben die Chance, „Standorttausche“ Konversionsflächen - bisheriges Stadtgebiet zu prüfen.

Diesen fünf Chancen stehen fünf große Risiken gegenüber:

1. Den Gebäudebestand der Wohnanlage „Benjamin-Franklin-Village“ ungebremst auf den Markt zu bringen, lässt den Mannheimer Wohnungsmarkt kollabieren.
2. Die Gebäude einzeln durch den Bund verkaufen zu lassen, macht jede übergreifende Flächenidee unmöglich. Am Ende bekämen wir so die Freiflächen zur kostenintensiven Sanierung.
3. Das Gelände teuer zu erwerben, nimmt jeden Spielraum für erschwinglichen Baugrund und querfinanzierte Freiflächen.
4. Das Gesamtgebiet im Eiltempo zu überplanen, bebauen und nutzen zu wollen, überfordert den Markt; das Gebiet sehr langsam entwickeln zu wollen, überfordert mit den Zinsbelastungen die Stadt oder ihre kaufenden Tochterunternehmen.
5. Viele Kompromisse auf diesem Weg schaffen Mittelmäßigkeit der Produkte, Enttäuschung der beteiligten Bürgerschaft und lenken von den Hauptzielen der Stadtentwicklung ab.

Chancen und Risiken lassen den Grad der Komplexität der vor uns liegenden Aufgaben deutlich werden. Wir werden intensiv und rasch prüfen, ob und wie wir den Schritt zu einer kommunalen Entwicklungsgesellschaft gehen, wobei ich davon ausgehe, dass wir alle Möglichkeiten des Planungsrechts ausschöpfen. Wir sind in Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit dem Ziel, einen Ersterwerb tätigen zu können. Vor allem aber muss es darum gehen, mit der BIMA vernünftige, auf die Mannheimer Situation bezogene Konzepte und Schritte zu vereinbaren. Ein durchgehender Markt-Test, also die einzelne Ausschreibung aller Areale, gefährdet jede abgestimmte Planung, weil sie immer von der möglichen Spekulation privater Investoren begleitet ist, planerische Vorgaben der Kommune doch aushebeln zu können, um damit auch einen höheren Kaufpreis im Wettbewerb finanzieren zu können. Gehen solche Spekulationen schief, kommt es zu Verzögerungen, gescheiterten Projekten, Stillstand, gehen sie auf, zerstören sie unsere planerischen Konzeptionen. Letztlich ist es eine Frage der Politik der BIMA, die Spielräume zu geben, mit uns zu tragfähigen Konzeptionen zu kommen.

Die glaubwürdige und möglichst breit getragene Planung ist vor dem geschilderten Hintergrund ein ganz wichtiger Faktor. Auch deshalb ist der bürgerschaftliche Prozess, die Transparenz und Akzeptanz unserer Planungen von Bedeutung. In den ersten Wochen des Jahres wollen wir Ihnen - wie angekündigt - ein „Weißbuch“ vorlegen, das eine erste Rahmenplanung beschreibt und Grundlage für die weiteren Planungsprozesse und die Planungsinstrumente sein wird.

Bundesgartenschau 2023?

Gegenstand dieses Weißbuchs kann auch die Idee einer Bundesgartenschau 2023 sein. Der Gedanke ist nicht fernliegend, wenn wir uns mit der Frage eines neu gestalteten Grünzugs durch Mannheim befassen.

Eine Bundesgartenschau wäre eventuell sogar keine Zusatzbelastung gegenüber der Konversion, sondern auf Basis der Erfahrungen in Koblenz ein Projekt, das eine Freiflächenkonversion konzeptionell und ökonomisch erleichtern könnte. Ich lade die Gemeinderatsfraktionen gerne ein, im Rahmen einer kleinen Arbeitsgruppe die Frage der Weiterverfolgung dieses Gedankens innerhalb der nächsten Wochen zu prüfen.

Die Stadt Heidelberg diskutiert zurzeit, ohne sich dafür regional zu öffnen, die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung. Eine Beteiligung daran käme möglicherweise zu einer Bundesgartenschau nicht zusätzlich, sondern nur alternativ in Betracht.

VIII. Change²: Gemeinsam mehr bewirken

Der Einsatz unserer Mittel unter dem Aspekt größerer Zielgenauigkeit und höherer Effektivität ist der Zentralaspekt einer nachhaltigen Finanzstrategie. In diesem Zusammenhang spielt das Change²-Projekt eine entscheidende Rolle. Seit den letzten Haushaltsberatungen im Jahr 2010 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Führungskräfte und Personalvertretungen mit dem Change²-Prozess in Mannheim große Fortschritte erreicht:

Wir haben die Ziele unserer Arbeit in einem Satz zusammengeführt: Gemeinsam mehr bewirken.

- Gemeinsam. Nur wenn alle Teile der Stadtverwaltung zusammenarbeiten, können wir die Aufgaben bewältigen. Säulendenken können wir uns nicht leisten.
- Mehr. Wir sind in vielem gut, können aber noch besser werden.
- Bewirken. Wirkung unseres Handelns als zentrale Frage. Das heißt Beschreibung von Zielen, Vereinbarung und auch das „Sein lassen“ von Aktivitäten, die zwar gut gemeint, aber nicht gut gemacht sind.

Unser Ziel bleibt: wir werden eine der modernsten Stadtverwaltungen Deutschlands. Dabei haben wir Modernität in unseren Leitlinien für Führung, Kommunikation und Zusammenarbeit klar für uns definiert:

1. Arbeit nach Zielen,
2. Systematische Entwicklung von Organisation und Personal,
3. Bereitschaft zu Veränderung.

Das neue an unserem Ansatz: Wir führen nicht einfach nur Neuorganisationen und Strukturveränderungen, Management-Instrumente und IT-Systeme ein. Wir kombinieren unsere Modernisierung mit einer bewussten Entwicklung unserer Organisations- und Führungskultur.

Die Motivation für diesen Modernisierungsprozess basiert im Wesentlichen auf drei Grunderfahrungen: Ergebnisse zählen zu wenig in Verwaltungshandeln und Politik, es herrscht ein Spartendenken vor, das integratives Handeln erschwert oder sogar verhindert, und der Gestaltungsauftrag bleibt hinter der Dienstleistungsphilosophie zurück. Dazu kommt - das zeigte uns insbesondere die Finanzkrise im Herbst 2008 ganz deutlich -, dass die Kommunen

steigende Anforderungen zu bewältigen haben, und das bei einer verschärften Finanzsituation. Ein reaktives fiskalisches Handeln ist hier nicht ausreichend, es gilt aktiv zu steuern.

Der Fokus war von Anfang an klar: Change² geht weit über die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen hinaus. Vielmehr ist der Prozess darauf ausgerichtet, die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen durch Wirkungsziele zu verbessern und ein zukunftsfähiges Modell zur Gestaltung der Stadtgesellschaft zu entwickeln. Dabei stehen die demokratischen Prozesse im Gemeinderat, die Förderung von Teilnehmungsmodellen für die Bürgerschaft sowie Partnerschaften mit Hochschulen und der Wirtschaft im Mittelpunkt. Nicht nur innerhalb der Stadtverwaltung, sondern auch bei der Zusammenarbeit mit allen Partnern jenseits der Verwaltung lautet das Motto „Gemeinsam mehr bewirken“. Leitlinien des Gemeinderats für Bürgerbeteiligung, neue Verabredungen zur Reform der Arbeit der Bezirksbeiräte sind hier die Beispiele.

Zielsystem für eine strategische Steuerung

Zu den Kernprojekten von Change² zählt die Strategische Steuerung. Hierbei wurde zunächst eine neue Gesamtstrategie für die Stadtverwaltung entwickelt, die sich auf die wesentlichen Ziele der Stadt Mannheim konzentriert. Und sie prägen tatsächlich unsere Diskussionen auch im Alltag. Sie sind also nicht einfach Papier, das ja bekanntlich geduldig ist.

Abgeleitet von den sieben strategischen Zielen wurden für alle Dienststellen und Eigenbetriebe Managementziele entwickelt, die mittels Kennzahlen und Indikatoren transparent und steuerbar gemacht werden sollen. Sie sind wie erwähnt Teil des Haushaltsentwurfs, der Ihnen vorliegt. Allein dieser Schritt ist gewaltig. Zum ersten Mal hat sich die gesamte Organisation - und das ist alles andere als ein einfacher Vorgang - mit Zielen beschäftigt.

Dass wir erstmals Ziele und Budgets im Haushaltsplan 2012/13 verknüpfen, ist eine der großen Etappen, die wir im Change²-Prozess erreicht haben.

Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle noch einige weitere wichtige Punkte nennen, die auf der Habenseite stehen. So ist mittlerweile mehr als die Hälfte der 36 Masterplanprojekte erfolgreich abgeschlossen, die Anzahl der Ausschüsse im Gemeinderat wurde von 22 auf elf reduziert, mit den Leitlinien zur Bürgerstadt Mannheim gibt es erstmals ein gemeinsames Verständnis von Gemeinderat und Verwaltung zum Thema „Bürgerbeteiligung“. Weiter lässt sich eine spürbare Verbesserung in der fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit feststellen. Hier setzen offensichtlich Veränderungen in der Haltung und Denkweise ein. Diesen

Eindruck teilen übrigens all diejenigen, die von außen den Prozess der Stadtverwaltung in Abständen begleiten.

Der Veränderungsprozess wird auch überregional mit großer Aufmerksamkeit begleitet und erfährt fachliche Anerkennung. Herausragend ist die Nominierung für den European Public Service Award in diesem Jahr. Bedeutung hat dies auch für die Profilierung der Stadt insgesamt und vor allem auch für die Darstellung des Arbeitgebers „Stadt Mannheim“, eine wichtige Basis für Personalgewinnung in der zunehmenden Konkurrenz.

In der Gemeinderatssitzung vor zwei Wochen hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, künftig wieder fünf Dezernate zu besetzen. Auch wenn ich - wie wiederholt dargestellt - aus der Sacharbeit heraus keine Notwendigkeit für eine Ausweitung auf wieder fünf Dezernate sehe, habe ich Verständnis für den Antrag der drei großen Fraktionen, die bei fünf Dezernaten eine bessere Abbildung der politischen Repräsentanz sehen. Dass die Abbildung des Gemeinderats auf der Verwaltungsbank von der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gewünscht ist und dafür sowohl demokratie-theoretisch wie administrativ gute Gründe bestehen, habe ich bereits in der Diskussion ausgeführt. Der beschlossene Antrag ist nunmehr Grundlage für einen Vorschlag eines detaillierten Neuzuschnitts der Dezernate, den ich dem Gemeinderat im ersten Halbjahr 2012 zur Beschlussfassung vorlegen werde. Das verlangt einen intensiven, weiteren Organisationsentwicklungsprozess, dem wir uns nun stellen werden. Wie verabredet, werden wir sie über den Lenkungsausschuss Change² über wesentliche Zwischenschritte informieren und einbeziehen.

Der Vorschlag muss so gefasst sein, dass er keine Verschlechterungen der Prozesse und keine Schwächung der Change²-Zielsetzung mit sich bringt. Auch wird es darum gehen, eine Ressourcenausweitung so knapp wie möglich zu halten. Eine seriöse Bezifferung und eine Bepanung der Produkte sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich und finden sich somit auch nicht im Haushaltsplanentwurf.

Personalentwicklung, Talentakquisition und Management-Diagnostik

Die Weiterentwicklung der Organisation auf Basis einer strategischen Ausrichtung erfordert eine grundlegend neue Konzeption der Instrumente, mit denen qualifiziertes Personal ausgewählt, unterstützt und weiterentwickelt sowie begutachtet wird. Aus dieser Erkenntnis wurde das Kompetenzzentrum Managemententwicklung gegründet.

Gemäß der formulierten Auftragslage wurde in Vorbereitung auf einen verstärkten Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt um Fach- und Führungskräfte die erste Maßnahme zu einer verbesserten Einarbeitung von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter dem Namen „Implacement“ umgesetzt. Durch das Projekt „Arbeitgebermarke Stadt Mannheim“ werden derzeit die qualitativen Attraktivitätsmerkmale der Stadt als Arbeitgeber beschrieben und als Grundlage für neue Programme der Personalakquisition formuliert.

Im Bereich der Personalentwicklung konnten die Angebote an die gesamte Mitarbeiterschaft im Rahmen der internen Fortbildung ausgebaut und fachlich spezifiziert werden. Neben den bewährten Angeboten zur Qualifizierung auf den Sektoren der Fach-, Sozial- und Methodenkompetenz konnte zum ersten Mal im Herbst 2010 ein Segment zur Entwicklung der strategischen Kompetenz vorgestellt und 2011 unter großer Resonanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits fortgeschrieben werden.

Im besonderen Fokus der Personalentwicklung standen die Führungskräfte. Neben den prozessbegleitenden Angeboten wie Coaching und Potenzialanalyse wurde ein Management-Brevier entwickelt, das dezidiert Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote für Führungsebenen beinhaltet. Ein Management-Trainee-Brevier für die Nachwuchsführungskräfte ist ebenso in Vorbereitung wie entsprechende Angebote an angehende Führungskräfte aus dem allgemeinen Programm.

Die Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Führungsaufgaben innerhalb des Höheren Dienstes ist seit März 2011 durch das Instrument der Potenzialanalyse unter dem Aspekt der von uns definierten Führungs- und Strategiekompetenz erweitert. Ein aus der Management-Diagnostik entwickeltes Verfahren dient neben der fachlichen der verhaltenstypologischen Begutachtung und ist sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch der gemeinderätlich besetzten Personalauswahlkommission bis dato positiv in den Entscheidungsprozess mit eingeflossen.

Das Thema Diversity ist, subsumiert unter dem strategischen Ziel der Integration, besonders bei der Einstellung zukünftiger Führungskräfte unter der Maßgabe berücksichtigt, die Bevölkerungsstruktur auch in den Führungsebenen besser abbilden zu wollen.

Fortführung der Ausbildungsoffensive

Bei der Stadt Mannheim hat das Thema Ausbildung seit jeher einen hohen Stellenwert, wobei es einige Jahre unter dem Druck einer anhaltenden und restriktiven Personalkostenkon-

solidierung stand. Mit meinem Amtsantritt im August 2007 habe ich eine völlige Neuausrichtung fokussiert und eine Ausbildungsoffensive ins Leben gerufen.

Stand als Motiv für die städtische Ausbildungsoffensive zunächst die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Vorbildfunktion der Stadt Mannheim im Vordergrund, ist nun die demografische Entwicklung der Gesellschaft - deren Auswirkungen wegen ihrer Mittel- und Langfristigkeit oft unterschätzt werden - mit ausschlaggebendes Motiv. Die Gewinnung, Förderung und Bindung von qualifizierten Nachwuchskräften gewinnt immer mehr an Bedeutung.

So wurden in den vergangenen Jahren die Ausbildungszahlen mehr als verdoppelt; zudem wurde das städtische Ausbildungsportfolio im Hinblick auf neue Ausbildungsberufe und Studiengänge deutlich erweitert. Dies war jedoch nur möglich durch die Einrichtung zahlreicher Ausbildungsverbünde und Kooperationen sowie durch die engagierte Arbeit einer Vielzahl von Ausbilderinnen und Ausbildern in unserer Stadtverwaltung.

Die Fortführung der Ausbildungsoffensive auch in den kommenden Jahren ist erklärtes Ziel, wobei es neben der Beibehaltung der hohen Ausbildungszahlen in besonderem Maße um die Qualitätssicherung gehen muss. Vor diesem Hintergrund wird es zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit unserer Verwaltung auch weiterhin von zentraler Bedeutung sein, junge Menschen für die Stadt Mannheim zu gewinnen. Die Ausbildungsoffensive hat entsprechende Auswirkungen auf die Personalkosten. So steigt der Ansatz, einschließlich der Personalkosten, die bis zur Unterbringung auf freie Planstellen anfallen, von rd. 3 Mio. Euro im Jahr 2010 auf rd. 4,4 Mio. Euro im Jahr 2012.

Internationalität weiter ausbauen

Mit der Gründung des neuen Fachbereichs „Internationales, Integration und Protokoll“ haben wir die Themenfelder Integration, Internationale Beziehungen und Europaangelegenheiten gestärkt. Die positiven Effekte der neuen Fachbereichsstruktur sowie der stärkeren strategischen Ausrichtung unseres internationalen Engagements sind bereits nach kurzer Zeit sichtbar geworden:

Mitte des Jahres haben wir eine große Konferenz in Mannheim durchgeführt, an der mit einer Ausnahme alle unsere Partnerstädte teilnahmen. Zusammen haben wir vier Aufgabengebiete definiert, bei denen wir gemeinsame strategische Interessen besitzen: Gründerzentren, City-Branding, Change²-Management und Kreativwirtschaft. In allen vier Bereichen ist es uns gelungen, konkrete Projekte zu vereinbaren, die wir nun gemeinsam umsetzen wer-

den. Hierzu zwei Beispiele: Im kommenden Jahr wird es in Mannheim ein internationales Kurzfilmfestival geben, bei dem Filme aus unseren Partnerstädten zu sehen sein werden. Integraler Bestandteil dieses Festivals wird außerdem ein Workshopprogramm für junge Filmschaffende sein. Wir nutzen also unsere internationalen Beziehungen gezielt, um einen weiteren Beitrag zur internationalen Ausrichtung der hiesigen Filmszene zu leisten. Als zweiten Beleg für den Erfolg unserer Konferenz möchte ich das Austauschprogramm „International Desk“ heranziehen: In diesem Rahmen haben sich die Existenzgründerzentren unserer Partnerstädte sowie unser MAFINEX-Technologiezentrum vertraglich verpflichtet, Existenzgründern aus den jeweiligen Städten Büroräumlichkeiten und administrative Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Damit können junge Unternehmensgründer aus Mannheim und aus unseren Partnerstädten neue Märkte erschließen und wichtige wirtschaftliche Kontakte knüpfen. Damit sind wir auf einem guten Weg, unsere internationalen Beziehungen künftig noch stärker an der Gesamtstrategie der Stadt auszurichten und konkrete Wirkungen zu entfalten. Unser Ziel ist dabei der stetige Ausbau der projektorientierten Zusammenarbeit mit unseren Partnerstädten.

Vergangene Woche haben wir überdies eine neue Städtefreundschaft mit Beyoğlu, einem Stadtteil Istanbuls, begründet. Diese Städtefreundschaft dient ebenso unseren strategischen Zielen, u.a. der Stärkung der Identifikation unserer gerade auch türkisch geprägten Bevölkerung mit Migrationshintergrund in unserer Stadt, der Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement und der Positionierung Mannheims als Kulturstadt.

Wir haben bei allen interkulturellen Projekten die für uns als Kommune relevanten Entwicklungen in der Europäischen Union begleitet. Ein besonderes Augenmerk lag und liegt hierbei auf der Zukunft der EU-Strukturpolitik nach 2013. Als Stadt haben wir das Ziel, auch künftig von den entsprechenden Fördermitteln der Europäischen Union zu profitieren. Die Vorschläge, die uns nunmehr von der EU-Kommission vorliegen, stimmen uns hier durchaus hoffnungsfroh. Fraglich ist jedoch, wie das Land Baden-Württemberg die entsprechenden Programme umsetzt. Wir sind durch unser vielfältiges Mitwirken in verschiedenen Netzwerken als Stadt in der besonderen Lage, auf die entsprechenden politischen Entscheidungen einwirken zu können. Hier hat sich auch unser Engagement bei EUROCITIES bezahlt gemacht. Mit EUROCITIES verfügen wir nicht nur über stets aktuelle Informationen zum Thema EU-Förderung, sondern haben die Möglichkeit, im Verbund mit anderen Städten unsere Interessen gegenüber der EU direkt zu artikulieren.

Uns ist daran gelegen, unser europäisches und internationales Engagement in den kommenden Jahren weiter auszubauen. Aus diesem Grund soll das Sachgebiet „europäische

und internationale Angelegenheiten“ eine zusätzliche Stelle erhalten, damit die erforderliche Arbeit im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und der Akquise von EU-Fördermitteln auch in der entsprechenden Qualität geleistet werden kann.

Funktionierendes Zusammenleben in Vielfalt

Mannheim hat sich das Ziel gesetzt, Vorbild für ein tolerantes Zusammenleben in Metropolen zu sein. Diese Zielsetzung rührt nicht alleine aus der Tatsache, dass unsere Stadt von einem überdurchschnittlichen Maß an kultureller und religiöser Vielfalt geprägt ist. Vielmehr ist das bisherige Gelingen des Zusammenlebens in Vielfalt eine anerkannte Stärke Mannheims.

Wir begreifen Integration als eine die gesamte Stadtgesellschaft betreffende Verantwortung und eine gemeinsame Gestaltungsaufgabe, zu der insbesondere auch die Schaffung von strukturellen Rahmenbedingungen zur Einbindung, Teilhabe und Verantwortungsübernahme zählt. Die Einbindung des Migrationsbeirates in alle gemeinderätlichen Fachausschüsse ist ein solcher wichtiger Schritt der strukturellen Beteiligung. Die Migrationsbeiräte nutzen in ihrer Rolle als sachkundige Einwohner die gebotenen Möglichkeiten zur Mitsprache und Impulsgabe sowie zur Aufnahme und Weitervermittlung von Themen. Für die Rückkoppelung in die verschiedenen Migrantengruppen und deren Vereine sind themenspezifische Arbeitsgruppen im Aufbau, die seitens des Migrationsbeirates geleitet und in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Integration und Migration koordiniert werden. Eine weitere Stärkung der Beiratsarbeit erfolgt durch die seit dem 01.07.2011 besetzte Geschäftsstelle für den Migrationsbeirat (mit einem halben Stellendeputat).

Mit der Aufnahme Mannheims in das Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPE- TENZ STÄRKEN hat die Stadt einen „Aktionsplan für Toleranz und Demokratie“ aufgelegt, für den unter Einbeziehung externer Expertinnen und Experten aus zivilgesellschaftlichen Mannheimer Organisationen drei Zielsetzungen formuliert wurden:

1. Die Stärkung der demokratischen Handlungskompetenz von Jugendlichen,
2. die Öffnung von Institutionen für Diversität und
3. die Förderung des toleranten Zusammenlebens.

Damit fügt sich der Mannheimer Aktionsplan gezielt ein in die bestehenden kommunalen Entwicklungsprozesse und Strategieziele zu den Themen Jugendbeteiligung, Bürgerstadt, Toleranz und Vielfalt.

Nach einer mehrmonatigen Entwicklungsphase in 2010 werden seit 2011 im Jahresrhythmus Projekte (bis 20.000 Euro) gefördert, die einen nachhaltigen Beitrag zu den genannten Zielsetzungen leisten. Für die beantragte dreijährige Förderperiode des Mannheimer Aktionsplans stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend insgesamt 270.000 Euro zur Verfügung.

Die an vielen Stellen sichtbare Bereitschaft der Migranten zur strukturellen Öffnung und Einbindung einerseits und der Bereitschaft zur Teilhabe und Mitgestaltung andererseits gilt es auch zukünftig weiter zu stärken und zu befördern. Mannheim ist hier zweifelsohne auf einem guten und einem richtigen Weg. Nicht von ungefähr wird es beim Deutschen Katholikentag 2012 in Mannheim erstmalig ein Zentrum für Integration geben - ein nicht zu unterschätzendes Signal.

Vernetzung Mannheims in europäischem und nationalem Sicherheitsnetzwerk

Seit Mitte des Jahres 2009 ist Mannheim Mitglied im europäischen Netzwerk EFUS (Europäisches Forum für urbane Sicherheit), einem Zusammenschluss von mehr als 300 europäischen Städten aus 17 Ländern. Mannheim nimmt bereits seit dem ersten Jahr der Vollmitgliedschaft, also seit 2010, an einem von der EU-Kommission geförderten Projekt (GOAL-Projekt) teil, bei dem es um die Verbesserung der Sicherheit im Zusammenhang mit großen Sportereignissen, insbesondere um Hooliganismus bei Fußballereignissen geht. Zudem gehört Mannheim zu den Gründungsmitgliedern des deutschen Sprengels von EFUS.

Der Fachbereich Sicherheit und Ordnung wird im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention gemeinsam mit Prof. Dr. Hermann vom Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg ein Sicherheitsaudit für Mannheim durchführen, welches in regelmäßigen Zeitabständen wiederholt werden soll. Zielsetzung dabei ist es, subjektive Sicherheitsdefizite aus Bevölkerungssicht zu erkennen und durch geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen zu reduzieren. Das Sicherheitsaudit folgt einem anlässlich einer DEFUS-Sitzung vorgestellten Konzept, welches mit anderen befragten Städten vergleichbare Ergebnisse liefert.

IX. Bürgerbeteiligung/Bürgeraktivierung

Teil des Change²-Prozesses und von darüber hinausgehender erheblicher Bedeutung ist die Weiterentwicklung und Ausweitung der bürgerschaftlichen Beteiligungsprozesse. Immer deutlicher wird in der öffentlichen wie der fachlich-wissenschaftlichen Diskussion, dass die

Initiierung und Durchführung bürgerschaftlicher Beteiligungsprozesse eine hohe Professionalität verlangt. Immer stärker wird auch die Frage gestellt, inwiefern über Beteiligungsprozesse nicht Interessen der Einflussreichen und/oder ökonomisch starken Gruppen eine weitere Betonung erfahren und Gemeinwohlbelange in den Hintergrund treten. Darüber hinaus ist erkennbar, dass mit einem nicht qualitativen, sondern rein quantitativen Wachstum von Beteiligungsprozessen bei beliebigen Themen eine Überforderung sowohl der Verwaltung wie der Öffentlichkeit eintritt.

Die Stadt Mannheim kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie diese Fragestellungen von Anfang an mit im Blick behalten hat. An der Ausweitung und der Professionalisierung von Beteiligungsprozessen führt kein Weg vorbei. Die Einbindung in eine Gesamtstrategie, die Herstellung von Transparenz und die Sicherstellung von Repräsentativität bzw. die Unterstützung von schwächeren Gruppen sind dabei unverzichtbar.

Die organisatorische Einbeziehung der Beteiligungsprozesse in den für die Gemeinderats- und Bezirksbeiratsarbeit zuständigen Fachbereich „Rat, Beteiligung und Wahlen“ kann dabei als innovativ und wegweisend gelten. Für Parteien und Fraktionen, Gemeinderäte und Bezirksbeiräte bedeuten die neuen Beteiligungsverfahren und die zunehmende „Direktaushandlung“ zwischen Verwaltung und Bevölkerung eine Herausforderung. Ihr kann nach meiner festen Überzeugung am besten dadurch begegnet werden, dass sich die Akteure unmittelbar in die Beteiligungsverfahren mit einbringen und in diesen klar definierte Rollen übernehmen. Nur so können auf Dauer die politischen Parteien ihrem verfassungsgemäßen Auftrag, an der Willensbildung mitzuwirken und letztlich gerade auch nachhaltiges - und das heißt auch dauerhaftes und gremienbezogenes - bürgerschaftliches Engagement zu wecken und Personal für die politischen Funktionen zu gewinnen und zu entwickeln, dauerhaft erfüllen. Wir werden Ihnen hierzu in den nächsten Wochen entsprechende Vorschläge machen.

X. Mannheim 2020 – Mannheim und die Region auf dem Weg zu einer Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“

Das Programm „Kulturhauptstadt Europas“ hat sich in den 25 Jahren seines Bestehens zu einer der erfolgreichsten und sichtbarsten Initiativen der Europäischen Union entwickelt. Wir haben mit gutem Grund eine Bewerbung zum Gegenstand unserer strategischen Ziele gemacht: Es geht zum einen darum, die Sichtbarkeit Mannheims und der Region im Wettbewerb zu erhöhen. Unter diesem Aspekt bietet die Kulturhauptstadt einmalige Chancen. Zum anderen ist das Projekt wie kein zweites geeignet, alle anderen strategischen Ziele der Stadt

zu befördern: also Stärkung der Urbanität, der Wirtschaft, des Zusammenlebens und des bürgerschaftlichen Engagements, Gewinnung von Talenten und Herstellung von Bildungsgerechtigkeit.

Im Hinblick auf eine mögliche Bewerbung der Stadt Mannheim um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ wurden in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Prozesse angestoßen und Projekte auf den Weg gebracht.

Die Grundthese des Kulturhauptstadtgedankens „Kultur als Mittel zur Veränderung“ wurde Motto des umfassenden Diskussionsprozesses, den Mannheim seit 2008 verfolgt. Ziel ist es, die wichtigen Bereiche des städtischen Lebens und die gesellschaftlichen Anforderungen der Zukunft zusammenzuführen und daraus Maßnahmen, Investitionen und Handlungskonzepte abzuleiten.

In Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing Mannheim GmbH und der Heinrich-Vetter-Stiftung wurde vom Büro 2020 eine qualitative Studie zur Eigenlogik Mannheims in Auftrag gegeben. In dieser Studie zur „Seele Mannheims“ wurden in mehreren Projekt-Phasen die Spezifik und die wiederkehrenden Muster Mannheims untersucht, um auf Basis systematisch erhobenen Wissens Perspektiven für Mannheim zu entwickeln. Diese Studie wurde von Professorin Dr. Martina Löw (TU Darmstadt) durchgeführt. Im Verlag Thorbecke erscheint die Studie noch dieses Jahr als Buch und ist somit über den Buchhandel erwerbbar.

Mannheim will sich gemeinsam mit der Metropolregion Rhein-Neckar den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen und diese mit im umfassenden Sinn kulturellen Mitteln in Angriff nehmen. Eine Bewerbung wurde von Anfang an gemeinsam mit der Metropolregion Rhein-Neckar angestrebt. Schon 2007 wurden deshalb die Städte Ludwigshafen und Heidelberg über diese Absichten und Überlegungen informiert. Im Jahr 2009 verabschiedete dann die Metropolregion Rhein-Neckar ein Papier, in dem sie „die Bündelung und die Zusammenarbeit der Kräfte in der MRN“ zusagte. Seit Mai diesen Jahres leitet Thomas Kraus das Kulturbüro der MRN, das gemeinsam mit dem Büro2020 ein Konzept für das Bewerbungsverfahren entwickelt und hierfür gemeinsame Zieldefinitionen, Strukturen und Ressourcen schafft bzw. bereitstellt.

Auf der Homepage www.mannheim2020.de und der Facebook-Seite „Mannheim2020“ besteht für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich durch interaktive Aktionen direkt einzubinden. Daneben finden sie grundsätzliche Informationen zur Idee „Kulturhauptstadt“

und zum Bewerbungsverfahren sowie Hinweise über die für Mannheim und die Region relevanten Prozessschritte.

Die Europäische Kommission hat im Herbst 2010 unter anderem die lokalen Behörden dazu aufgerufen, sich zur Zukunft der Kulturhauptstädte Europas (ECOC) zu äußern. Die Stadt Mannheim hat sich umfassend an dieser Konsultation beteiligt und ihre Einschätzungen zu den einzelnen Punkten abgegeben. Voraussichtlich Ende des ersten Halbjahres 2012 wird die Kommission ihren Vorschlag für die Länderabfolge ab dem Jahr 2020 sowie das Bewerbungsverfahren bekannt geben. Frühestens 2020 könnte dieser Titel wieder an Deutschland vergeben werden. Mit der relativ späten Entscheidung über das weitere Verfahren kann unter Umständen die Vorbereitungsphase für die Abgabe einer Bewerbung sehr knapp ausfallen. Die kontinuierliche Arbeit Mannheims könnte sich dann in besonderer Weise auszahlen.

Für eine erfolgreiche Bewerbung zur Kulturhauptstadt ist es von größter Bedeutung, die verschiedenen Projekte und Akteure untereinander stärker zu vernetzen und die Zusammenarbeit zu fördern. Für die Stadt Mannheim ist die Konstituierung des Fachbeirats, in dem alle wichtigen Kulturinstitutionen vertreten sind, ein Beispiel für diese Vernetzung.

Zudem wurden internationale Netzwerke geknüpft und ausgebaut. So wurde Mannheim Mitglied im wichtigsten europäischen Kulturnetzwerk „les rencontres“ und konnte bereits im zweiten Mitgliedsjahr (2010) einen Sitz im Vorstand der Organisation einnehmen, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen Bewerbung, die ohne direkte Teilhabe am europäischen Kulturleben aussichtslos wäre. In diesem Zusammenhang konnte als weiterer wichtiger Schritt bei Besuchen der Kommission in Brüssel das Mannheimer Bewerbungsvorhaben bereits stark kommuniziert werden. Die frühzeitige Beschäftigung mit dem Bewerbungsthema stößt dort nicht nur auf große Zustimmung, sondern auch auf ebenso große Anerkennung.

Die fünf strategischen Ziele des Büros 2020 für die auszuweitende Arbeit in den Jahren 2012/2013 sind Sichtbarkeit, Akzeptanz, Erfahrbarkeit, Themenfindung und Lobbyarbeit in Brüssel. Wenn die Kommission in Brüssel im ersten Halbjahr 2012 die Neuregelung des Kulturhauptstadt-Bewerbungsverfahrens im Entwurf vorstellen wird, wird erstmals das konkrete nächste Jahr für Deutschland und damit Mannheim feststehen. Damit beginnt für Mannheim auch die zweite Stufe der intensiven Lobbyarbeit und Präsenz in Brüssel, um dort für die Mannheimer Idee zu werben, sie bekannt zu machen und Kontakte zur Jury zu knüpfen.

Es gilt darüber hinaus, die für Mannheim konkretisierte Idee der Kulturhauptstadt Europas und erste Projekte in die gesamte Bürgerschaft und in die gesamte Stadt auf gleichermaßen künstlerisch anspruchsvolle wie integrierende Weise zu tragen. Dazu gehören ein Kongress sowie bürgerschaftliche Aktivierungsevents, eines davon als Kampagne-Start nach der Entscheidung der EU.

Ein Vorläufer des so genannten Bid Books (Bewerbungsbuchs) soll 2012 fertiggestellt werden.

In engem Zusammenhang mit der Kulturhauptstadt-Bewerbung sind naturgemäß die Entwicklung der Kulturinstitutionen und der städtischen Kulturpolitik zu betrachten.

Das Nationaltheater - Vierspartenhaus mit herausragender Reputation

Das Nationaltheater Mannheim konnte in den letzten Jahren seine Position als einer der wichtigsten kulturellen Leuchttürme der Stadt nicht nur halten, sondern es konnte seine kulturelle Stellung ausbauen: angefangen vom künstlerischen Rang von Oper, Schauspiel, Ballett, Schnawwl und junger Oper über die zahlreichen Projekte im Bereich kultureller Bildung, die die Zielgruppen vom Kleinkind bis zum Erwachsenen erfassen, bis hin zur außergewöhnlichen Verankerung des Theaters in der Stadtgesellschaft.

Die konsequente Weiterentwicklung sowohl der überregionalen Strahlkraft wie der Kooperationsintensität in die Stadt Mannheim hinein ist die Leitlinie auch für die nächsten Jahre. Besondere Chancen für ersteres bietet die Neuinszenierung des „Ring des Nibelungen“ in der Inszenierung von Achim Freyer und unter der musikalischen Leitung von Dan Ettinger. Ähnliches gilt für herausragende Ur- und Erstaufführungen im Schauspiel. Junge Oper, Schnawwl und Ballett erweitern in besonderer Weise sowohl räumlich wie sozial ihre Präsenz in der Stadt. Alle Sparten spielen eine besondere Rolle unter dem Aspekt der kulturellen Bildung. Außerordentlich positiv haben sich aufgrund der hohen Leistungsfähigkeit des Hauses in den unterschiedlichen Dimensionen die Besucherzahlen entwickelt. 351.998 Zuschauer besuchten in der Spielzeit 2010/2011 das Nationaltheater Mannheim. Ein außergewöhnlich umfassendes und zur Stadtstrategie eng bezogenes Projekt ist für das Jahr 2014 beabsichtigt. Das alle zwei/drei Jahre stattfindende, renommierte Festival „Theater der Welt“ soll in Mannheim realisiert werden. Zuletzt fand das Festival in der Europäischen Kulturhauptstadt Essen im Jahr 2010 statt. Bei einer Durchführung ist mit einem Bundes- und einem Landeszuschuss von jeweils 1 Mio. Euro zu rechnen. Mit der Veranstaltung würde zum einen die konsequente Entwicklung Mannheims als Stadt herausragender und großer Veranstaltungen (2010 - Eis-

hockey-WM; 2011 - 125 Jahre Automobil; 2012 - Katholikentag; 2013 - Internationales Deutsches Turnfest) für das Jahr 2014 fortgesetzt werden. Zum anderen könnte die große kulturelle Tradition Mannheims mit dem durch diese Veranstaltung gefeierten 175-jährigen Jubiläums der ersten Kommunalisierung eines deutschen Theaters in Mannheim und damit dem Jubiläum, 175 Jahre Kommunaltheater in Deutschland, unterstrichen werden.

Die Signalsetzung durch die Koalitionsvereinbarung, das Nationaltheater gleichrangig neben den beiden Staatstheatern zu erwähnen, ist von besonderer Bedeutung. Langfristig ist eine finanzielle Gleichbehandlung anzustreben.

Reiss-Engelhorn-Museen - Ausstellungen von Weltformat

Die Reiss-Engelhorn-Museen unterstützen in großem Maß die Entwicklungsziele der Stadt in den Bereichen Kultur und Wissenschaft, aber auch innerstädtische Quartiersentwicklung sowie Tourismus/Einkaufsstadt. Basis ist ihr erfolgreiches Ausstellungsprogramm. Neben den im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten zu 150 Jahre deutsch-japanische Beziehungen stattfindenden Begleitausstellungen „Ferne Gefährten“ und „Ins Land der Kirschblüte“ wird im Museum Bassermannhaus erstmals die neu konzipierte Sammlungspräsentation „Musikwelten“ eröffnet. Durch „Dresscode“ zeigen die REM Erfolge von EU-weiten Forschungsfeldern und deren aktuellste Ergebnisse. Mit „Benedikt – und die Welt der frühen Klöster“ wird eine prägende Persönlichkeit des abendländischen Mönchtums in den Fokus gerückt. Dies bildet ein interessantes Rahmenprogramm zum 98. Deutschen Katholikentag.

Zudem ist ein weiterer bedeutender Schritt der übergreifenden Kooperationen gelungen, indem eine Dependence des Kunsthistorischen Museums Wien (KHM) in den Räumen der Reiss-Engelhorn-Museen eingerichtet werden konnte.

2013 steht im Zeichen zweier Sonderausstellungen von Weltformat, die an die Erfolge der großen „Staufer-Ausstellung“ anknüpfen werden: „Die Medici. Menschen, Macht und Leidenschaft“ im ersten Halbjahr und „Die Wittelsbacher am Rhein. Die Kurpfalz und Europa“ ab September locken die Besucher nach Mannheim.

Gemeinsam mit der Stiftung suchen wir nach Konzepten, sowohl die bauliche Ertüchtigung der Präsentationsflächen der REM im Gebäude „D5 Weltkulturen“ zu ermöglichen wie die Depot- und Werkstättensituation zu verbessern.

Alte Feuerwache mit lokaler und überregionaler Strahlkraft

Die Alte Feuerwache ist mit 100.000 Besucherinnen und Besuchern im Jahr eine feste Größe in der Kulturlandschaft der Stadt Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar. Überregionale Strahlkraft erlangt das Kulturzentrum durch das Literaturfestival Lesen/Hören, das Figurentheaterfestival Imaginale und als Hauptspielort des EnjoyJazz-Festivals.

Die rückwirkende Mittelerhöhung im laufenden Kalenderjahr hat die finanzielle Situation des Hauses stabilisiert. Verbindlichkeiten wurden abgebaut und Sparmaßnahmen umgesetzt, so dass die geplante Mittelanpassung um 44.000 Euro geringer ausfällt als der diesjährige Sonderzuschuss. Mit der Etaterhöhung auf einen Gesamtzuschuss von 778.400 Euro/Jahr wird das strukturelle Defizit beseitigt und die Gesellschaft in die Lage versetzt, weiterhin ein hochwertiges Kulturangebot anbieten zu können.

Akzente für die freie Kulturszene

Mit der Erhöhung der Mittel im Doppelhaushalt 2010/11 für die freie Kulturszene um 475.000 Euro konnten vom Kulturamt wichtige und zukunftsweisende Akzente in den Bereichen Bildende Kunst, Darstellende Künste, Internationale Beziehungen sowie Stärkung der Festivals gesetzt werden. Im Mai wurde die kommunale Galerie in S 4 in Betrieb genommen, zehn Bildende Künstler werden im Rahmen der Atelierförderung unterstützt, „schwindelfrei“, das Festival der freien Theater, wurde ins Leben gerufen, gemeinsame künstlerische Projekte mit Beyoğlu gestaltet, erfolgreiche, weit über die Region beachtete Festivals wie die im Moment noch laufenden Festivals EnjoyJazz und das 4. Festival für Fotografie Mannheim_Ludwigshafen_Heidelberg wurden finanziell stärker unterstützt.

Diese Akzentsetzungen gilt es zu verstetigen. Neue Vorhaben wie die kommunale Galerie im Kreativwirtschaftszentrum Jungbusch sind in Planung, internationale Kooperationen im Bereich Kurzfilm stehen für die nächsten Jahre auf der Agenda, zukunftsweisende Konzepte für ein landesweit gedachtes Zentrum Darstellende Künste werden auf den Weg gebracht. Dies alles geschieht auf der Basis der strategischen Ziele der Stadt Mannheim, die sich in den Managementzielen des Kulturamtes spiegeln und mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden. Eine verstärkte und verstetigte Förderung und Unterstützung der Künstlerinnen und Künstler vor Ort sind ein wichtiger Baustein im Rahmen der Stadtentwicklung Kultur.Raum.Stadt.

Zukunft der Planetarium Mannheim gGmbH sichern

Als erste Kommune weltweit, die ein Planetarium errichtete, hat Mannheim schon sehr früh die Faszination Weltraum als kulturelle Herausforderung sowie als besonderen Bildungsstandort für die MINT-Fächer wahrgenommen. Damit das Planetarium weiterhin seinen vielfältigen Aufgaben gerecht werden kann und um der Gefahr einer Überschuldung zu begegnen, ist nach der Reduktion des städtischen Zuschusses um ca. 28 Prozent im vergangenen Doppelhaushalt im aktuellen Etat ein Zuschuss von jährlich 495.000 Euro vorgesehen. Dies bedeutet eine Anhebung in Richtung des Zuschussniveaus früherer Jahre (vor 2010), liegt aber noch deutlich unter diesem. Damit insbesondere den bereits vorhandenen, aber auch den künftig erwarteten allgemeinen Kostensteigerungen Rechnung getragen werden kann, sind auch in den Jahren 2014 und 2015 weitere Anpassungen vorgesehen (2014: 558.000 Euro, 2015: 565.000 Euro).

Perspektivisch benötigt das Planetarium Mannheim die Installation eines modernen digitalen Projektionssystems. Heute ist diese Technologie in den meisten deutschen Großplanetarien Standard. Neben der technischen Innovation sowie der Erweiterung des Programmangebots und der Produktionsmöglichkeiten stellt dieser Schritt den einzigen Weg dar, den Planetariumsbetrieb technisch mittel- und langfristig zu sichern, da Wartung, Reparatur und Ersatz für auslaufende bzw. bereits heute nicht mehr zeitgemäße Projektionsgeräte nur noch begrenzt möglich sind und dadurch der Vorführbetrieb nachhaltig gefährdet ist. Um dem begegnen zu können, sind für den übernächsten Doppelhaushalt 2014/2015 Mittel in einer Gesamthöhe von 1 Mio. Euro eingestellt, was jedoch lediglich eine Mitfinanzierung und keine vollständige Übernahme der Investition durch den Gesellschafter Stadt Mannheim darstellen würde.

Kunsthalle als kultureller Leuchtturm

Für die Restfinanzierung der Sanierung des Altbaus der Kunsthalle sind im Doppelhaushalt 2012/2013 insgesamt 3,3 Mio. Euro vorgesehen. Für die Weiterentwicklung und Sicherung dieser bedeutsamen Kulturinstitution ist im Jahr 2012 ein Betrag in Höhe von 550.000 Euro für den Wettbewerb für einen Neubau vorgesehen.

Aufgrund der großzügigen Unterstützung durch das Ehepaar Josephine und Dr. h.c. Hans-Werner Hector in Höhe von 50 Mio. Euro für einen Neubau wurde für die Zukunft der Kunsthalle der entscheidende Grundstein gelegt. Diese Spende zeigt, wie ausgeprägt die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Mäzenatentum in unserer Stadt ist. Derzeit wird intensiv an der Konstruktion einer Stiftung zur Verwirklichung des Neubaus gearbeitet.

Die Stiftung könnte - bei entsprechendem Erfolg einer Kampagne - über den Neubau hinaus dauerhaft der Kunsthalle für die Durchführung größerer Projekte zur Seite stehen. Der Unterstützungsbeitrag der Stadt Mannheim für den Neubau in Höhe von angedachten 10 Mio. Euro ist im Haushalt nicht etatisiert. Ich werde Ihnen vorschlagen, dafür den, in der MVV GmbH aus dem Aktienverkauf 2007 verbliebenen Erlös in Höhe von 10 Mio. Euro zu verwenden. Sie könnte als direkte Stiftung für den Neubau eingesetzt werden. Die Finanzplanung der Stadt Mannheim bliebe so durch das gesamte Projekt unbelastet.

Die Chancen, die sich mit einem solchen Neubau verbinden, sind in den vergangenen Monaten oft beschworen worden. Unter den Aspekten des Städtebaus, der architektonischen Signalwirkung, der Entfaltung der Potenziale und der Identifikation und Leistungsfähigkeit ist dieser Bau von großer Bedeutung. Selbstverständlich unterstreicht er auch unsere Möglichkeiten und Ambitionen, die Bewerbung für die Europäische Kulturhauptstadt stemmen zu können. Für mich ist dieses Projekt auch ein Ausdruck für den Zukunftswillen und Optimismus unserer Stadt.

XI. Dank

Eine Etatrede bietet alle zwei Jahre die Gelegenheit, Aussagen zu den aktuell relevanten Themenfeldern zu treffen, wobei Vollständigkeit nicht möglich ist und auch Wichtiges ausgeblendet bleibt. Ich nehme die Gelegenheit wahr, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für Ihren Einsatz für unsere Stadt zu bedanken.

Für die inhaltliche Vorarbeit und die Erarbeitung des Zahlenwerks sei den damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich gedankt. Für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes danke ich den Kollegen, Herrn Ersten Bürgermeister Specht, den Herren Bürgermeistern Quast und Grötsch, den Dezernatsbüros, den Rechnungsstellen und den Fachbereichsleitungen. Ein besonderer Dank geht an die Stadtkämmerei mit ihrem Leiter Markus Manhart und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dank schulde ich nicht zuletzt meinen unmittelbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Vorbereitung des Etats und der Etatrede intensiv gefordert waren: Siegfried Raatz, Herbert Bangert, Christian Hübel, Sabina Scipio und Michaela Dewald.

Der Haushaltsentwurf stellt eine tragfähige Grundlage für die Weiterentwicklung und Stärkung unserer Stadt in den nächsten Jahren. Ich wünsche uns gute und konstruktive Beratungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.